

VOLKSWACHT.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Postzeitungsliste
Nr. 5540.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen Teil: Fritz Kunert, Breslau, Wilhelms-Ufer 1.

Postzeitungsliste
Nr. 5540.

Die „Schlesische Volkswacht“ ist durch unsere Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post, durch Colporteurs zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf.

Mittwoch, 25. Februar 1891.

Die „Schles. Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal.
Der Inseratenpreis
für die 5 gespaltene Petitzeile beträgt 20 Pf.

Zur Programmfrage.

Wir lenken die Aufmerksamkeit unserer Leser an dieser Stelle darauf, daß die „Neue Zeit“, welche die Aufsehen erregende Kritik von Karl Marx an dem Gothaer Programm auf Anregung von Friedrich Engels in die Diskussion warf, mit dem Abdruck früherer sozialdemokratischer Programme den Anfang gemacht hat.

Diese dankenswerte Veröffentlichung unserer Programme wird wie folgt eingeleitet:

Die Veröffentlichung des Marx'schen Briefes über das Gothaer Programm (in Heft 18 der „Neuen Zeit“) hat, wie zu erwarten war, nicht geringe Aufregung hervorgerufen, wenigstens unter unseren Gegnern, die in ein Jubelgeschrei ausbrachen über diese freimütige, an unserem Programm geübte Kritik. Sie, die nichts gelernt und nichts vergessen haben, freuen sich, daß wir immer weiter lernen, immer klarer und zielbewußter werden, was bei selbständig denkenden Menschen nur in der Form vor sich gehen kann, daß sie alte Irrtümer abstreifen. Wenn in unseren Reihen mancher Irrtum seine Stätte gefunden hat, so ist dies beschämender für unsere Gegner, als für uns selbst. Denn trotzdem die weitaus größte Mehrzahl von uns vor 15 Jahren theoretisch noch nicht auf der Höhe standen, wie heute, hat sich schon damals unsere Partei in jeder Beziehung ihren Gegnern überlegen gezeigt, wie mancher von ihnen seiner Zeit selbst zugestanden.

Wenn sich die bürgerliche Journalistik vornehmlich auf das Sensationelle in dem Marx'schen Briefe geworfen, so haben unsere Genossen, soweit wir aus der Parteipresse und Privatmitteilungen ersehen können, vor Allem dem ihre Aufmerksamkeit geschenkt, worauf es ankommt, den sachlichen Ausführungen, deren Wert angesichts der Diskussion des Parteiprogramms wol unbestritten ist.

Auch Diejenigen, die manche rückhaltlose Aeußerung über ihnen liebgewordene Traditionen im ersten Moment unangenehm berührt hat, werden durch den Zusammenhang, in dem dieselben standen, und aus dem sie nicht gut gerissen werden konnten, so viel Anregung zu neuem Nachdenken über tiefgewurzelte Grundzüge geschöpft haben, daß sie diese Aeußerungen nur als Sporn empfanden, der zwar verlegt, aber auch antreibt auf der Bahn selbständigen Denkens.

Wenn die „Nation“ meint, die Sozialdemokratie nehme jetzt Lassalle gegenüber denselben Standpunkt ein, wie die Liberalen, so hat sie etwas vor schnell geurteilt. Der Marx'sche Brief berührt nur einige Seiten der theoretischen und taktischen Tätigkeit Lassalle's, er giebt kein Gesamturteil über ihn. Und der Standpunkt, den Marx Lassalle gegenüber einnahm, ist nicht der Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie. Lassalle hat sich selbst als Schüler von Marx bekannt. Als sein Meister durfte Marx so über Lassalle schreiben, wie er geschrieben, und es darf heute auch publiziert werden, soweit durch die Darlegungen der prinzipiellen Differenzen zwischen den Beiden die Klarheit und das selbständige Denken in der Partei gefördert wird. Die Sozialdemokratie treibt keinen Persecutionismus. Aber sie ist auch nicht undankbar, sie sieht zu Lassalle in einem anderen Verhältnis als Marx und sie wird nie über der Kritik Lassalle's vergessen, was sie ihm schuldet.

Dankbar werden wir uns stets erinnern, daß er die ganze Wucht seiner glänzenden Persönlichkeit für das Proletariat in die Waagschale warf zu einer Zeit, wo die Zahl derjenigen, die für die Enterbten eintraten, noch winzig war, wo die Arbeiterbewegung noch aus-

sichtslos erschien. Wie können wir den Mann vergessen, aus dessen Schriften wir älteren Parteigenossen alle und auch die große Mehrzahl der jüngeren ihr erstes sozialistisches Wissen, ihre erste Begeisterung für den Sozialismus gezogen haben!

Wir studiren und prüfen aufmerksam, was Marx über seinen Schüler Lassalle sagt; vergessen aber nicht, daß auch dieser einer unserer Meister und Vorkämpfer gewesen.

Aber es ist nicht bloß dankbare Erinnerung, die uns mit Lassalle verbindet. Wenn auch vieles in seinen Schriften veraltet ist, wenn auch Manches von vorn herein Irrtum gewesen: gerade dem theoretischen Liberalismus gegenüber gilt heute noch das Meiste von dem, was Lassalle gesagt und geschrieben.

Lassalle war auf dem Gebiete der Nationalökonomie kein selbständiger Theoretiker. Er hatte auch nie behauptet, einer zu sein. Seine selbständigen Leistungen liegen auf juristischem und philosophischem Gebiete. Als Nationalökonom stützte er sich auf die klassische bürgerliche Ökonomie, die in Ricardo ihren vollendetsten Ausdruck erlangt hat. Das „Kapital“, das 1867 erschien, drei Jahre nach Lassalle's Tod, hat mit Ricardo auch den theoretischen Standpunkt Lassalle's überwunden. Aber so wie Ricardo trotzdem turmhoch erhaben ist über die Vulgäroökonomie, so ist Lassalle turmhoch erhaben über die liberalen Theoretiker seiner Zeit, die Schulze-Delitzsch und Max Wirth; und so wie Ricardo der Vulgäroökonomie gegenüber auch heute noch Recht hat, wie man aus ihm heute noch lernen kann, so hat auch Lassalle den genannten Herren und deren Konferten gegenüber auch heute noch Recht; da der Freisinn der Herren Barth und Richter auch heute noch theoretisch genau dort steht, wo er vor einem Vierteljahrhundert gestanden, gilt ihm gegenüber auch heute noch, was Lassalle damals gegen ihn vorbrachte.

Die „Nation“ dürfte sich demnach etwas vorzeitig gefreut haben, wenn sie annimmt, der Marx'sche Brief bringe die Sozialdemokratie Lassalle gegenüber in dieselbe Position, wie den Liberalismus.

Neben der Fülle von Aufklärung, die der Marx'sche Brief enthält, giebt er auch Anlaß zu einigen Fragen. Namentlich eine ist es, die bei seiner Lektüre sich jedem aufdrängt und auf die er selbst keine Antwort giebt: Wieso kam es, daß trotz alledem das Gothaer Programm in seiner jetzigen, vom kritisierten Entwurf nur wenig veränderten Form, angenommen wurde? In dieser Beziehung bedarf der Brief einer Ergänzung. Engels konnte sie nicht geben; sie konnte nur aus den Reihen derjenigen geboten werden, die damals an den Einigungsverhandlungen teilgenommen. Es ist uns auch bereits ein Artikel aus berufener Feder zugesagt, der eine Geschichte unseres Parteiprogramms überhaupt und besonders jener Verhältnisse geben soll, die bewirkten, daß 1875 das Gothaer Programm als der Ausdruck des theoretischen Bewußtseins der Mehrheit der Partei gelten konnte.

Berliner Brief.

X.

.....t. „Schonung, den Millionären“, ruft Gneist, „Recht muß Recht bleiben, und wenn die Welt darüber zu Grunde geht.“

Höhere Preise für ihre Produkte und niedrigere Löhne für ihre Arbeiter, das ist der Wunsch der Vorkämpfer der Ordnungsparteien.

Es schließen sich die Kapitalisten im Kartell zusammen und verkaufen in edlem Patriotismus dem Ausland ihr Eisen und ihre Kohlen wesentlich billiger als ihren Landsleuten, so daß der Kaiser dem Minister der öffentlichen Arbeiten eine Anerkennung erteilt, weil dieser sich die neuen Schienen, welcher er bedarf, vom englischen Markte holt.

Prämien den Zuckerbaronen, Fleisch- und Kornzölle den modernen Stegreifrittern, dafür aber Aufrechterhaltung der Befreiung vom Geld- und Blutzoll für die sogenannten Ständesbarone. — Meint doch der alte Wahrsager von Meppen, das brave Volk würde unbedingt der Sozialdemokratie in die Arme getrieben werden, wenn nicht die erlauchten Nachkommen der „hohen“ Häuser Hannover, Nassau und Hessen in Bezug auf die Volkslasten eine Ausnahmestellung einnehmen dürften.

Bei dieser gerechten Verteilung von Rechten und Pflichten, bei dieser Art der Ordnung wird der Arbeiter schon seines Lebens froh werden und getrostes Mut in die Zukunft schauen!

Der Herr von Gneist plaudert für die Millionäre, Herr Windhorst für die besessenen Fürsten. Tritt denn Niemand an maßgebender Stelle für die Armen ein? O, gewiß! — Da ist der Reichstagsabgeordnete für Reichenbach-Neurode, Herr Porck. Nun? — Der Herr Fürstbischöfliche Konsistorialrat war kürzlich zum Diner (Mittagbrot) beim Reichskanzler Caprivi geladen. Nebenbei bemerkt, diese Diners erfreuen sich bei Feinschmeckern einer begründeten Beliebtheit; alte Parlamentarier aus Schlaraffia erinnern sie an die „reizvollen“ Stunden, die sie einst bei Camphausen hinter dem Kastanienwäldchen und bei Delbrück in der Wilhelmsstraße genossen. Der Herr Fürstbischöfliche Konsistorialrat, ein Mann, der sonst manches nur „mit einer gewissen Zurückhaltung“ tut, hier bei diesem lufthaltigen Diner erinnerte sich der hungernden Weber des Eulengebirges und schilderte bei passender Gelegenheit dem Regenten 10 Minuten lang, wie man hört, ohne Zurückhaltung die Not jener Handwerker. Bravo, Herr Fürstbischöflicher Konsistorialrat! Der Erfolg war gewiß ein überraschender? — Für uns nicht! Zunächst allerhöchste, mitleidvollste Teilnahme, später vielleicht eine nochmalige Erhebung über die Verhältnisse im Eulengebirge und endlich — nun wir werden ja sehen.

Zentrumsleute wie Herr Porck auf den Diners im Reichskanzlerpalais gehören nicht zu den Seltenheiten. Aber daß deutschfreisinnige Kämpfer ebenfalls geladen waren, kann gewissermaßen als Neuheit bezeichnet werden. Alle diese liberalen Parteilöwen waren darüber aus dem Häuschen. Um von den übrigen großen Eigenschaften des deutschen Freisinns zu schweigen, so muß man ihm die eine willig einräumen: Bescheiden ist er. Das bischen Gemeinordnung, das bischen Steuerreform, die beabsichtigte Neugestaltung des höheren Schulwesens, endlich einige Aussprüche des Monarchen, aus denen die Freisinnigen auf einen „neuen Kurs“ schließen wollen, erfüllen sie mit Freude und Genugtuung. Aus diesem Freudentaumel heraus hat dann auch wol auf dem Kanzlerdiner Herr Raumbach zum Kaiser das große Wort gelassen ausgesprochen: „Die Sozialdemokratie hat ihren Höhepunkt bereits überschritten.“ Herr Raumbach, der neue Bürgermeister von Danzig kann Herrn v. Forckenbeck, dem alten Bürgermeister von Berlin die Hand reichen. Der Eine erkennt keine Not in Berlin an, der Andere keine Not in Weiningen. Inzwischen hat wol der Meiningener Wahlkreis Sonneberg die passendste Antwort darauf gegeben. Aber auch

gelegentlich des Höhepunktes der Sozialdemokratie dürfte sich der deutschfreisinnige frühere Landrat irren. Noch nie ist das Interesse und die Begeisterung für unsere gute Sache eine so ernste und gewaltige gewesen wie gerade jetzt. Das kann man nicht nur in Berlin besonders gut in den ungezählten Versammlungen beobachten, davon berichten auch die gewissenhaftesten unserer Agitatoren, welche in die Provinz Brandenburg hinausgehen um den Armen das „neue Evangelium“ zu predigen.

Auch an jungen Kräften, welche befähigt sind, in den Vereinen, Clubs u. s. w. Referate zu übernehmen, ist kein Mangel, wie unsere Gegner kürzlich melden zu können glaubten.

Von neuen Namen sogar wären manche zu erwähnen. Darunter sind einige Kräfte ersten Ranges, Männer von großer Bildung und feuriger Beredsamkeit.

Es geht also überall rüstig vorwärts in dem Kampf gegen den „Unverstand der Massen.“

Deutschland.

Aus der Petitions-Kommission. In der letzten Sitzung wurde nach Feststellung einiger Berichte über früher verhandelte Petitionen in die Beratung einiger Petitionen von kleinen mecklenburgischen Landwirten eingetreten, welche wünschen, daß die Frage des Wilschadens durchs Reichsgesetz geregelt wird. Die Petenten geben der Hoffnung Ausdruck, daß bei Beratung des bürgerlichen Gesetzbuches diese Materie mit berücksichtigt wird. Es wird in der Petition darauf hingewiesen, daß, da die Landesgesetzgebung in den beiden Großherzogtümern Mecklenburg einzig und allein in den Händen der Jagdberechtigten ruht, nicht allein an eine Aenderung der die Wilschadenfrage betreffenden Gesetze nicht gedacht werden könne, sondern daß auch bei der eigentümlichen Sachlage wegen verurteilten Wilschadens angeregte Prozesse stets zu Ungunsten der Geschädigten verlaufen. Der Regierungskommissar Geheimer Regierungsrat Strudmann erklärte, daß der Bundesrat zu dem Entwurfe des bürgerlichen Gesetzbuches noch keine Stellung genommen habe; dies werde erst nach vollendeter zweiter Lesung geschehen. Die Möglichkeit einer endgültigen Lösung der Wilschadenfrage durch Reichsgesetz sei nicht ohne Weiteres ausgeschlossen, doch sei Bestimmtes vorläufig nicht mitzuteilen. Bei der gegenwärtigen Sachlage sei es der Reichsregierung nicht möglich, irgend eine Wirksamkeit im Sinne der Petenten zu entfalten. Der Referent v. Gliszynski beantragt, diese Petition mittels schriftlicher Berichterstattung dem Reichskanzler als Material zur Gesetzgebung zu überweisen, welchem Antrage sich Stephan anschließt, der mitteilt, daß ein ihm bekannter Pächter eines Erbgutes in Mecklenburg-Schwerin durch verurteilten Wilschaden und maßlose Chikanen der auf dem von ihm bebauten Grund und Boden Jagdberechtigten geradezu zum Bankrott getrieben worden ist. Es wird demgemäß beschlossen.

Eine Anzahl Fischer aus Haskrug i. S. petitionieren um Einführung eines Zolles auf schwedische Gerichte, was sie damit begründen, daß sie in Folge der Konkurrenz der Schweden nicht mehr im Stande seien, ihren Lebensunterhalt zu erwerben. Der Referent Scipio beantragt mündlichen Bericht und Uebergang zur Tagesordnung, da gegenwärtig eine Revision des Zolltarifs nicht ratsam erscheine. Die Kommission stimmt diesem Antrage zu.

Der Magistrat von München petitionirt um Aufhebung der gesetzlichen Schranken des Gemeindebesteuerungsrechtes auf Wein, wie es heute schon auf Bier und Branntwein der Fall sei, mit Rücksicht darauf, daß durch eine solche Extrabesteuerung fast nur der wohlhabende Teil der Bevölkerung getroffen werde. Der Regierungskommissar, Geh. Reg.-Rat Nausching, erklärt, daß der Bundesrat bisher zu dieser Frage keine Stellung genommen habe; er könne daher nähere Mitteilungen nicht machen. Die Kommission beschließt nach längerer Beratung dem Antrage der Sozialdemokraten entsprechend: mündliche Berichterstattung und Uebergang zur Tagesordnung.

Von nicht unwesentlichem Interesse ist die Petition einer Wittwe Wiesjahn, deren Sohn bei einem Betriebsunfall verunglückt ist. Die Petentin behauptet, daß ihr die Rente von der betreffenden Berufsgenossenschaft zu Unrecht vorenthalten worden sei. Der Referent Dr. Gutfleisch spricht den Verdacht aus, daß in diesem Falle die Petition durch die verschiedenen schwerverständlichen Verfügungen des Schiedsgerichts zu verwirren versucht worden ist, was auch in dieser Weise gelungen ist, daß sie die Berufungsfrist an das Reichsversicherungsamt verstreichen ließ. Da ihm noch einige ähnliche derartige Fälle bekannt geworden, sei er geneigt anzunehmen, daß verschiedene Schiedsgerichte mit einer gewissen Absichtlichkeit derart handeln. Im vorliegenden Falle halte er die Verweisung der Petition als Beschwerde an das Reichsversicherungsamt für angezeigt, um so vielleicht eine Wiederaufnahme des Verfahrens zu ermöglichen. Im Uebrigen behalte er sich von dieser Sache in Verbindung mit anderen gelegentlich im Plenum zur Sprache zu bringen. Die Kommission beschließt antragsgemäß Verweisung an das Reichsversicherungsamt. Die übrigen Petitionen sind bedeutungslos.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags beschloß dem Reichstag zu empfehlen, die Wahl des Abgeordneten Hastedt (Hamburg) für gültig zu erklären; dagegen die Entscheidung über die Wahl des Abgeordneten Boll (Ill. Bromberg) auszusprechen und Erhebungen über eine Reihe von Beschwerdepunkten zu veranlassen. Außerdem sollen aus einigen Bezirken die Stimmzettel eingefordert werden. Letztere zeichnen sich durch besonders starken Druck aus, so daß der Name auf der Rückseite leserlich erscheint.

Berlin. Der Siebener-Ausschuß der Schulrevisions-Kommission hat sich nach seiner letzten Sitzung bis 14 Tage nach Ostem vertagt.

Der Reichskanzler veröffentlicht einen Beschluß des Bundesrates, wonach der Kaiser Wilhelm-Land-

Plantagen-Gesellschaft das Recht einer juristischen Person verliehen worden ist.

Der Bundesrat hat in einer Plenarsitzung den Entwurf eines Vertrages mit Italien über die Befugnis der beiderseitigen Konsula zur Vornahme von Geschäftsleitungen den Ausschüssen für Handel und Verkehr und für Justizwesen überwiesen, den Vertrag mit Dänemark über die Aufhebung des Abschusses und Abfahrtsgebüses zur Kenntnis genommen und dem Bericht, betreffend den Entwurf eines Gesetzes über das Telegraphenwesen des Deutschen Reiches zugestimmt.

Die „Moderne“ nennt sich eine neue Zeitschrift von vorwiegend belletristischem Charakter, die den modernen Geist in der Litteratur pflegen will. Heinrich Hart, einer der begabtesten Dichter und Litteraten unseres sogenannten jungdeutschen Schriftstellergeschlechtes bringt in dem Programm-Aussatz dieser Zeitschrift einige sehr beachtenswerte Ideen zum Ausdruck:

„Alle Erscheinungen der Gegenwart deuten hin auf den Niedergang der Antike, den Anfang der Moderne. Schon ist es ein Tagesklatsch geworden, daß die Masse sich lockert, nach Individuation ringt, daß sie sich löst von der Religion und aller überkommenen Autorität. Gleiche Erziehung für Alle ist ein Lösungswort geworden, sobald es in Wirklichkeit umgesetzt wird, ist der erste und wichtigste Schritt zur Vernichtung des Massenwesens getan. Vor allem aber sind es die wirtschaftlichen Bestrebungen unserer Zeit, die eine Gewähr für die Befreiung des Individuums bieten. Nur scheinbar zielt der Sozialismus auf Uniformierung, auf eine noch drückendere Eingwängung des Einzelmenschen in ein Staatsganzes hin. Sein Zweck ist es, das Individuum von der Sorge um das tägliche Brot zu entlasten, ihm seinen Lebensunterhalt unbedingt zu sichern durch eine gleichmäßige und gerechte Verteilung von Arbeit und Arbeitsvertrag, die materielle Arbeit selbst aber zu erleichtern und zu vermindern. Auf diese Weise kann es erreicht werden, daß der Mensch Zeit und Kraft gewinnt, sich in höherem Maße als heute der Ausbildung alles Besseren zu widmen, was ihn wahrhaft erst zum Menschen macht.“

„Ich sehe eine Zeit kommen, die keine Tempel mehr baut und keine Gefängnisse, die nur noch Werkzeuge fertigt, aber keine Waffen. Kampf wird noch sein, aber nur ein Wettkampf in Fortschreiten und Erfunden, in Menschheitsdienst und Schönheitsfählen. Und im Geiste sehe ich Menschen, die miteinander leben, ohne daß eine Kette sie bindet. Alle gleich, weil alle frei sind. Nicht gleich an Wissen, Können und Empfinden, aber gleich durch Selbstachtung und die Achtung der Andern vor dem, was jedes Einzelnen Wesen ausmacht, und sei es noch so arm. Kein Führer mehr und kein Gefolge, keine Heerde mehr, aber auch kein Hirt. Das Verbrechen hat aufgehört, weil seine Ursachen aufgehört haben. Keiner beneidet den Andern mehr, weil jeder hat, was er begehrt, und alles Begehren in Vernunft wurzelt. Keiner haßt den Andern mehr, weil nie kein Weg den des Mitarbeiters feindlich kreuzen kann. Keiner läßt den Andern mehr, weil die Wahrheit vorteilhaft geworden ist. Gut und Böse sind Begriffe ohne Sinn geworden. Giltig ist nur der Gegensatz

Warum ich Sozialdemokratin wurde?

(Schluß.)

Dich Auguste erwähnte ein schneidiger Feldwebel zum Ehegemaal und Dich Louise, Tochter einer Wittwe, welche, durch den Ertrag rastloser, schwerer Arbeit, drei Kinder erzogen hatte, führte ein Lokomotivführer zum Altar und Du murdest die Gattin eines „Beamten“. Du, liebe Ida, bleibst allein.

Unsere Korrespondenz wurde vernachlässigt, denn Jebe hatte mit ihren neuen Pflichten zu tun.

Doch allmählich tauchten Bilder aus der längst entschwundenen Jugendzeit empor und erweckten den Wunsch, Nachrichten von den einstigen Genossinnen zu haben.

Das Leben ist ja so langweilig, so grau und elend, Dein vergoldetes Nest, Alwine, erwies sich als eiserner Käfig. Den Titel, Beamtenfrau, hast Du Louise, teuer erkauft mit dem Ringen um anständiges Durchkommen und den Sorgen über den gesagrollen schweren Beruf Deines Mannes. Dein Feldwebel, liebe Auguste, welcher als Javalibe in den Zivilstand zurücktrat, erhielt nach vielen Enttäuschungen und Mißerfolgen eine Staats-Dienststelle, welche Dich mit schwereren Arbeiten überbürdete, als Deine schwachen Schultern zu tragen vermögen, und welche Du, heimlich weinend, erträgst, um Deinem tränklichen Mann Erleichterung zu verschaffen und um Euch die Stelle zu erhalten, welche, so schwer sie auch ist, wenigstens sicheres Brot verleiht. Du Ida, um des Stellenwechsels wachsam zu sein, läßt als Verkäuferin bei Prinz-

palen aus, von welchen ich mit Bestimmtheit annehmen kann, daß sie Dich gründlich ausbeuten. Diese wahrlich nicht beneidenswerten Verhältnisse sind unser endlich erreichtes Zukunftsbild. Und Ihr hättet ober habt dieselbe Veranlassung wie ich, sozialdemokratisch gesinnt zu werden. Doch davon zieht Ihr Euch schon zurück, und seid einig, mich zu verurteilen, denn in meinem Punkt seid Ihr völlig mit Eurem Schicksal zufrieden, nach außen sind Eure Ansprüche an das Leben erfüllt, und den Menschen glauben zu lassen, man sei etwas geworden, dafür kann man ja nach Janen entbehren, das sieht ja Niemand. Ja, Eure Verhältnisse wollt Ihr aber nicht geschilbert haben, also denn die unstrigen.

Wir waren verheiratet, — mein Mann, nur Schlossergesell in einer Fabrik, aber ein gerades, ehrliches Gemüt, wie es nicht viele gab in unserer Bekanntschaft.

Wir waren glücklich im gegenseitigen Besitz, beschlossen, nur für uns zu leben, uns nicht um Welt und Menschen zu kümmern, am allerwenigsten um die gräuliche Politik. Für's erste hatten wir noch genug von der traurigen Militärzeit, den 3 langen Jahren, ich schreibe „wir“ — denn jeden Tag der langen dreißigen Jahre hatte ich mitleid, erlitten und empfunden. Für's zweite, sagten wir uns in unserem Unverstand, konnten wir doch nicht dazu beitragen daß andere Verhältnisse in die Welt kämen, wir hatten auch genug mit uns zu tun, wir wollten „reich“ werden! Und das war doch nicht unmöglich, wenn zwei arbeiten. Herrgott, kommt da eine Menge Geld zusammen! Der dritte Punkt hatten wir gar keine — also glänzende Aus-

Daß mein Mann um 5 Uhr früh fort zur Arbeit mußte, weil die Fabrik eine Stunde von unserer Wohnung entfernt war; daß er deshalb auch Mittags nicht zum Essen nach Hause kommen konnte, daß schlechte Jahreszeit kommen würde, in welcher uns beides lästig werden, wenigstens die Gesundheit meines Mannes nicht fördern würde, an dergleichen dachten wir nicht, auch nicht der Arbeitslosigkeit, Krankheit und Kinder. Ich handhabte die Nähnaedel und war fast täglich in einer anderen Familie zum Nähen. So waren wir Beide unermülich tätig und voll froher Zuversicht für die Zukunft.

Aber merkwürdig, nie kamen wir in den Besitz baaren Geldes! Es gab aber auch immer etwas anzuschaffen. Alle unsere Gabelfigkeiten (und deren waren freilich wenige) langten im längeren Zusammenleben nicht aus und mußten fortwährend ersetzt und ergänzt werden. Dann kam die Milch und ab und zu mußten wir uns doch auch 'mal eine Veränderung, ein Vergnügen erlauben, das gab wieder frischen Mut zu ununterbrochener Arbeit. Vergnügen, also Konzert, oder Theater-Ausgaben, war denn auch das erste, was von den Ausgaben gestrichen wurde, das konnten wir ja später nachholen, wenn wir erst einmal was „auf der hohen Raute“ hatten. Inzwischen genügte es, wenn wir Romane und Gedichte lasen. — Da konnten wir uns billig unterhalten, kurz, wir merkten, daß es mit dem Nachwerden doch sehr bedenklich ausah. Unsere goldene und rosente rote Flitterstimmung war schon verblaßt und fing an, sich schüchtern zu färben. Da überlastete mich eines Sonnabends mein Mann mit dem ziemlich zur Hälfte verführten Arbeitelohr...

noch von Mehr oder Weniger Zeilen im Menschheitsdienst. Die Zeit wird kommen, aber tausend Kämpfe werden zuvor noch mit Blut den Acker düngen, tausend Entdeckungen und Erfindungen ihn lockern, unmeßbare Geistes- und Empfindungsmaat über ihn ausgebreitet werden, ehe der Tag der Ernte hereinbricht. Aber im Sinne der Zukunft, daß wir mit jedem Tag ihr entgegenwachsen, — sehnachtsbrünstig — so können wir schon heute ringen und arbeiten. Das Ziel sei gesteckt, der Weg begonnen!" —

Professor Eduard Lürßen, einer der bekanntesten Bildhauer Berlins, hat durch Selbstmord geendet. Als seine Frau davon hörte, verließ sie wenige Stunden nach dem Tode ihres Gatten am Herzschlag.

Die Börsenpresse ist voll patriotischen Jubels. 40 ja 45 mal, soll die deutsche und preussische Anleihe überzeichnet worden sein. Gegenüber den unlängst in und für Frankreich gezeichneten 14 Milliarden Franken sollen Deutschland 20 Milliarden Reichsmark für Konsols angeboten worden sein. Wenn sich vielleicht auch die Summe von 20 Milliarden kaum aufrecht erhalten lassen wird, wenn man auf die kolossalen Ankäufe des auf der Börse spekulierenden und nicht mit ernstlicher Kaufabsicht zeichnenden Publikums in Erwägung zieht, so bleibt doch unzweifelhaft der Erfolg der Anleihe als Zeichen des Kredits Deutschlands bestehen. Weit mehr aber als das Vertrauen in den deutschen und preussischen Staatskredit veranlaßte das Mißtrauen in alle industriellen und ähnlichen Anlagen, sowie die schlechten Aussichten der Kolonialpolitik den starken Zubrang an die Zeichnungstellen. Das kapitalanlegende Publikum fühlt, daß wir mitten in einer wirtschaftlichen Krise stehen und zieht deshalb sichere, aber schlecht rentirende Anlagen allen anderen vor. Der Geldüberfluß in der Krise, in Zeiten kolossaler Arbeitslosigkeit, Elend und Noth, dies ist die Signatur unserer vernünftigen Gesellschaftsordnung!

Ein sozialdemokratischer Parteitag für die Kreise Brenzlau-Angermünde, Königsberg i. d. N. um. und Oberbarnim findet am Sonntag, 1. März, in Wriezen a. O. statt. Auf der Tagesordnung stehen: 1) Agitation und Organisation. 2) Die ländliche Arbeiterfrage. 3) Die Arbeiterpresse. 4) Wünsche und Anträge aus der Versammlung.

Die Polizeiverwaltung in Finsterwalde hat es richtig herausgekriegt, daß ein Hoch auf die Sozialdemokratie, ausgebracht in einer gegnerischen Versammlung, „grober Unfug“ sei. Die genannte löbliche Behörde hat die Hochrufer in eine „Pöñ“ von je 15 M. über 3 Tage Haft genommen. Ueber eine derartige Rechts-Wahrnehmung auch nur ein Wort zu verlieren, können wir uns bei der allgemeinen Wertschätzung, welche die neuzeitliche Rechtsprechung auf Grund des § 360, Ziffer 11 D. R.-St.-G.-B., in- und außerhalb Deutschlands bereits gefunden hat, wol sparen. Aber unseren Genossen möchten wir den Rat geben, gewissen Rechtschützern das Anklagen und Berurteilen dadurch nicht gar so leicht zu machen, daß sie durch, wenn an sich auch ganz unschuldige, so doch auch ebenso überflüssige Handlungen den Anlaß zu polizeilichem und richterlichem Einschreiten bieten. Was brauchten zum

Beispiel die Finsterwalder Genossen, nachdem sie das Gesalbader des Vortragenden im Bürgerverein satt hatten, mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie den Saal zu verlassen? Ein ruhiges Weggehen hätte denselben Zweck erfüllt und sicher den Pöñstern mehr imponirt.

Im Uebrigen möchten wir bei der Gelegenheit erinnern an die vor einiger Zeit von den Genossen Auer und Fischer erlassene Aufforderung wegen Einsendung von Urteilen, welche auf Grund des groben Unfug-Paragraphen gesprochen sind. Wer im Besitze solcher Urteile oder Strafmandate ist, möge dieselben an einen der beiden vorstehend Genannten nach der Ragbachstr. 9, SW., einsenden.

Ein deutsches Kulturbild. Die „Medlenb. Schulzeitung“ teilt die fast ungläubliche Tatsache mit, daß ein 79-jähriger und dazu kränklicher Lehrer im Ritterschaftlichen bei 650 Mark Einkommen noch immer seiner Stelle vorsteht, um nur nicht zu berben. Es besteht nämlich im Ritterschaftlichen kein Pensionsgesetz, auch keine Vorschrift für die Versorgung der Wittwen, und dem Patron steht es zu, den ausgeübten Lehrer wie einen Ortsarmen zu behandeln! Von einem andern dortigen Lehrer erzählt das betreffende Blatt, daß er nur 240 Mark Gehalt beziehe. Eine Volksvertretung, gegen deren Einföhrung sich die feudale Partei immerfort sträubt, besteht bekanntlich in Medlenburg nicht und auch die wiederholten Versuche des Reichstages, auf dem Wege der Reichsgesetzgebung die Herbeiföhrung einer solchen zu ermöglichen, sind bisher erfolglos geblieben. Die Junker herrschen unumschränkt und vertreten die Interessen der medlenburgischen Bevölkerung auf dem berühmten Landtage ungefähr mit dem gleichen Recht, wie — in Berlin die Privilegirten des Abgeordnetenhauses diejenigen der Einwohnerschaft Preußens.

Weißensels. Die „Mittelb. Ztg.“ schreibt aus Pöñneck: „Ein eigenartiges Mißgeschick widerfuhr vor einigen Tagen einem Postpaket beim Entladen aus dem Leipziger Nachmittagszuge. Dasselbe mochte wol mangelhaft verpackt sein, denn die Umschnürung löste sich und ein heftiger Windstoß entführte den Inhalt des Pakets — tausende von Stimmzetteln für den nationalliberalen Kandidaten Dr. Carl Blum — in die Lüfte.“ Fliegende Blätter mit Dr. Hans Blum! Wir haben dadurch den Beweis erhalten, daß auch die fliegenden Blätter manchmal recht „faule“ Witze bringen. Wenn schon höhere Mächte das Gebild von Menschenhand zerstören, dann, lieber Hans, kann uns Dein gediegener Durchfall nicht wundern. Tröste Dich, Du bist tot, ohne erschossen zu werden.

Braunschweig. Rrad! Das Bankhaus Schönfeld und v. Franques ist fallirt. Eine Menge Rentiers und Geschäftsleute, welche der Firma Depositen anvertrauten, wurden in Mitleidenschaft gezogen. Schönfelds Spekulationswitz hat die Katastrophe heraufbeschworen und eine Anzahl von Existenzen ruiniert. Die Entrüstung der Beteiligten ist natürlich groß.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dieck' Verlag) ist soeben das 21. Heft des 9. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die russische revolutionäre Bewegung einst und jetzt. III.

Von B. Kritschewsky. — Carlyle und die sozialpolitische Entwicklung Englands. Von Ed. Bernstein. — Ueber die Schweizer Allmend. — Unsere Programme. — Literarische Rundschau.

Ausland.

Oesterreich.

Die Wahlen in den österreichischen Landgemeinden haben begonnen. Die Wahlmänner sind zum Teil schon gewählt. Wie vorauszusehen war, sind sie fast überall für die Ultramontanen günstig ausgefallen, eine Ueberschätzung bereiteten nur die Kolomeauer Landgemeinden (Galizien), in welchen die meisten Wahlmänner für einen Dr. Danilowicz stimmen werden, der von den radikalen Ruthenen und den Sozialisten gemeinsam aufgestellt wurde.

Frankreich.

Paris. Wie bereits gemeldet, ist der Millionenspißbube Macé mit Hinterlassung von 21 Millionen Schulden Franken verbanket. Sein Bankhaus glich der Dachauer Bank Abele Epigebers. Wie dieser Schwindler sich auf das Geschäft verstand, darüber giebt eine Mitteilung des „Berliner Tageblattes“ Auskunft: Der unfehlbare Segen des Papstes. Seit längerer Zeit konnte man auf der vierten Seite der Pariser Zeitungen in dem Annoncentheile eine Anzeige lesen, worin jeder Person, die dem Bankier Macé eine Summe von 100 Franken anvertrauen wolle, 10 Prozent Zinsen pro Monat versprochen wurden. Die Rundschau strömte dem zinsfreudigen Geldmann in heißen Haufen zu, obwohl Macé nichts getan, um den Leuten Sand in die Augen zu streuen. Er hatte sich vor fünf Jahren in der Rue Cadet in einer kleinen sehr summarisch möblirten Wohnung, für die er 2000 Franken Miete zahlte, etablirt. Nirgends fand man hier pompöse Inschriften wie in anderen Bankhäusern, hier gab es keine Bureaus des Direktors, keine Konferenzzimmer des Aufsichtsrats. Das einzige Möblement bestand aus einer Anzahl weißer Tische, vor welchen ein Duzend Beamter beschäftigt waren die umfangreiche Korrespondenz zu erledigen. Herr Macé zahlte nicht weniger als 17000 Leute, darunter mindestens 6000 Geistliche, namentlich aus Südfrankreich, zu seinen Kunden. Bischöfe und Erzbischöfe, ja selbst der Papst sollen zu seinen Geschäftsfreunden gehört haben. Lezterer hatte Herrn Macé selbst seinen Segen und sein Bildnis geschickt. Ein religiöses Blatt, die „Eglise de France“, teilte diese Tatsache in seiner Sonntagsnummer vom 25. Januar 1891 mit folgenden Worten mit: Wir sind glücklich, unseren Lesern anzuzeigen, daß S. S. Leo XIII. seinen Segen und sein Bild Herrn Macé, Chef des Hauses Macé u. Komp., 12 Rue Cadet zu Paris, als Belohnung für die von ihm den frommen Werken der Geistlichkeit geleisteten Dienste übersandt hat. Wir freuen uns über die diesem rechtschaffenen Finanzmann (!) widerfahrne Auszeichnung, und wir können ihn nur zu einer Unternehmung beglückwünschen, welche die Geschicklichkeit und

wenig Arbeit“ hieß es. — Die Wahrheit jedoch war, daß mein Mann einen zu geraden Rücken hatte — das war dem übereifrigen Meister un bequem und so versuchte er, sich auf bequemem Wege des selbstbewußten Gefellen zu entledigen. Er verstand es die Arbeit so einzuteilen, daß mein Mannes nur bis zum halben Lohn in der vollen Woche brachte, und nachdem er und noch einige Schicksalsgefährten die Abncht des Meisters merkten — verließen sie freiwillig die Fabrik, in welcher Ihnen ungerechter Weise der Lohn gekürzt wurde. Damals schon winkte die Sozialdemokratie, aber unwürdig und beschränkt, wie wir durch unsere Erziehung geworden waren, hielten wir es noch für eine Sünde, von unserm Menschenrecht Gebrauch zu machen und einer Partei beizutreten — welche sich eigens dazu gebildet hatte, den Bedrängten und Mühseligen beizustehen. Das Maß des Elends mußte erst überlaufen, ehe sich Erkenntnis der Wahrheit bei uns Bahn brach. Eine schreckliche Zeit kam über uns, Verdienst blieb aus und das Leben machte seine Ansprüche; es war nicht leicht für meinen Mann, wieder Arbeit zu finden, giebt es doch immer ein Heer Arbeitsloser. Zwar meinte unser altes, von Kummer und Sorge ihres eigenen Lebens, niedergedrücktes Mütterchen, das hätte auch ihr Sohn nicht gedurft zu gehen, wenn er sich gekränkt fühlte, so dürfe man nicht sein im Leben, nur höchst demütig, der liebe Gott hätte schon Mittel und Wege gefunden, den bösen Meister zu strafen, und uns mehr verdienen lassen, aber darauf konnten wir nicht warten, und unverdiente Kränkung sollte mein Mann nicht ertragen, lieber wollte ich Elend ertragen. Na, endlich gab es wieder Arbeit und

Verdienst, und das war die höchste Zeit, denn nun legte ich mich krank und wünschte überhaupt zu sterben, ich war vollständig erschöpft von der Arbeitshag der letzten Zeit, dem Mangel und der Sorge. Das war das Ende, aller goldenen Hoffnungen für die Zukunft, denn nun waren wir fertig fürs Leben. Glaubt Ihr, daß mein fleißiger geschickter Mann das verdienen konnte, was unsere Wirtschaft und meine Krankheit kostete? Nein! Es entstanden Schulden, und unser Schicksal war besiegelt. Wol wurde ich wieder gesund um öfters von Neuem zu erkranken, dazwischen wurden Kinder geboren, mehr wie einmal standen wir vor unserm Ruin. Aber nein! Zu Grunde durften wir nicht gehen, schon war in Verwandtenkreisen unsere gereizte Stimmung, gegen die bestehenden Verhältnisse in der Welt, bekannt geworden — das Aeußerste mußte vermieden werden — so legten die besser Situirten unserer Verwandtschaft zusammen und unterstützten uns, und so gelang es zwar, uns über Wasser zu halten, nicht aber unser Mißtrauen gegen die bestehende Ordnung zu vernichten. Im Gegenteil, je drückender die uns geleisteten Vorschüsse wurden, je unmöglicher dieselben abzuschütteln — je deutlicher wir fühlten, wie durch Verbindlichkeiten aller Art unsere sich regende sozialdemokratische Gesinnung gehemmt und unterdrückt werden sollten, um so deutlicher sahen wir die Wahrheit der neuen Lehre und eines Tages brachen wir zu Eurem Schrecken öffentlich mit dem Allhergebrachten der gewohnheitsmäßigen Dummheit, der frechtlichen kriegenden — demütigen Gesinnung, welche die meisten Menschen besetzt, und fühlten uns als freie Menschen,

welche Recht haben, ein würdiges Dasein zu beanspruchen.

Nun meine Freundinnen! Ich habe Euer Zartgefühl durch Schilderung eines „geprüften“ Familienlebens unanft berührt: „Wie kann man seine Wunden so der Öffentlichkeit preisgeben?“ — denkt Ihr alle zusammen. Ja! das muß sein; wenn der Arzt kuriren soll, muß er wissen, wo es schmerzt und wenn die Welt verbessert werden soll — müssen alle Wunden und Narben, die ein verkehrtes, ungerechtes Leben schlug — gezeigt werden. Wir wünschen nur, ein Jeder und eine Jede hätten den Mut, öffentlich zu bekunden, in welcher trauriger, unverschuldeter Lage sie sich manchmal oder meistens befänden, die Leiden der Menschen würden zum Himmel schreien. Statt dessen sind die Meisten ängstlich bemüht, einen Schleier über ihre Verhältnisse zu breiten, öfter, um vor den Augen der Menschen zu glänzen, als aus verkehrtem Schamgefühl. Oder sie betäuben sich künstlich, hoffen auf Güsse von „Oben“ — oder auch der Mann greift zur Flasche und die Frau hüllt sich in ihre Weiblichkeit und duldet schweigend. Das Elend hat die Meisten entmutigt, sie haben keine Kraft und keinen Mut, sich der allein seligmachenden „Sozialdemokratie“, der wahren Volksretterin anzuschließen.

Und Du Alwine, wirfst mir ein, Dich beträfe das alles nicht, Du habest keine Nahrungsjorgen, so erinnere ich Dich an das elende, geisttörende Leben in Euren Kreisen, woran auch Ihr, die Reichen, zu Grunde geht. Und hier unser Wille und unser Wollen.

das kalte Blut eines Soldaten erfordern, der immer im Feuer ist." — Nun! Der Herr Macé ist so lange im Feuer gewesen, bis er — durchgebrannt ist. Nachdem es derselbe fertig gebracht, durch Spekulationen an der Börse sich fünf Jahre über Wasser zu halten und seinen Verpflichtungen nachzukommen, nachdem er fünf Jahre lang seinen Klienten ihre phantastischen Dividenden gezahlt, so daß einzelne ihre Einsätze verzehnfacht und selbst den Gesamtbetrag zurückgezogen haben, hat den Frechbold schließlich das Glück verlassen, die Zahlungen fingen an zu stocken, einige Kunden begannen zu reklamieren, am 10. d. M. war eine sehr starke Summe zahlbar, die er nicht austreiben konnte, und so verschwand er am vergangenen Freitag. Kurz darauf erhielt der Viertelskommissar Monquin einen 15 Seiten langen Brief des päpstlich gesegneten rechtschaffenen Geschäftsmannes aus Moraca, in welchem er dem Polizeibeamten seine Operationen auseinandersetzte. Dieselben waren seit letzter Zeit ganz verzweifelter Natur gewesen. Macé, der übrigens gar nicht Macé hieß, sondern diesen Namen ebenso wie alles andere von seinen Kunden gegen eine Entschädigung von 500 Franken von einem Freunde auf Pumpy genommen hatte, da er unter seinem wahren Namen Verneau von der Polizei in St. Mandé gesucht wurde, wo er längere Zeit gewohnt hat, Macé, sage ich, erklärte in diesem Briefe, daß er in der letzten Zeit nicht mehr bloß an der Börse, sondern in den Klubs und auf den Pferderennen sein Glück wieder zu erjagen versucht habe. Er habe selbst in den großen englischen Klubs seine Agenten, die für ihn spielten.

Hierdurch war es ihm aus eigener Kraft und mit des Papstes Segen gelungen, alle Monate in der letzten Zeit bis zu 300 000 Franken zu verspielen, was für einen „ehrenhaften Finanzmann“ immerhin eine ganz hübsche Leistung ist. Der Brief schließt mit den Worten: „Ich gehe nach Monaco (er ist also vor der Flucht geschrieben), um mein Glück an der Bank zu versuchen. Wenn Sie diesen Brief erhalten, so ist dies das Zeichen, daß ich verloren und ich mich getötet habe.“ Gleichzeitig versicherte Macé in diesem Briefe, daß er in einem Geldschrank des Crédit Lyonnais in Paris und in Papieren eine Summe von 1 1/2 Millionen deponiert habe, was sich bestätigt hat. Auch weist er darauf hin, daß seine Kunden nach Einfassung der regelmäßig bezahlten großen Gewinne sich nicht allzu sehr über ihre Verluste beklagen könnten, und er nennt einen Herrn, der durch seine Vermittlung 300 000 Franken gewonnen hat. Nach Empfang dieses Briefes hat der Polizeikommissar sofort die Siegel angelegt. Der Untersuchungsrichter, der gestern mit einem Bücherrevisor die ersten Feststellungen über die Passiva gemacht, glaubt dieselben auf 21 Millionen beziffern zu sollen. Einige Prälaten verlieren 200 000 bis 300 000 Franken. Eine Menge kleiner Beamten, kleiner Rentner, pensionierter Offiziere sind von dem Raub betroffen. Einzelne reißen sich die Haare aus, andere, welche große Dividenden bezogen haben, nehmen ihr Schicksal sehr philosophisch, ja es giebt eine ganze Reihe Hineingefallener, die von dem falschen Macé noch in bewundernden Ausdrücken sprechen. Die

Wir wollen nicht bei anhaltend schwerer Arbeit, Sorge und mangelhafter Ernährung dahin stieben, und uns mit den Gedanken trösten, daß es Eltern und Großeltern schon eben so ergangen und uns nicht besser gehen dürfe.

Wir wollen nicht den Besitzenden zum ergötzlichen Schauspiel dienen, indem wir betend, jammern und dudenden Ergebung nicht ein besseres Verzeits zu haben. Wir wollen die Worte der Religion erfüllen helfen, welche da sagen „Friede auf Erden, und den Menschen ein Wohlgefallen!“ Dies sollen nicht nur Phrasen von den Lippen der Heuchler, sondern reine lautere Wahrheit sein. Wir wollen, daß der Mensch seine Bestimmung erfüllt und Gott ähnlich wird.

Wir wollen dazu beitragen, das edelste Geschöpf der herrlichen Natur aus seiner entwürdigenden Erniedrigung zu erretten und hoffen, daß Menschen, welche noch nicht Alles nachdenken verlernt haben, und dadurch dem Tiere ähnlich geworden wären, sich aufraffen und sich um die mutigen Führer der Sozialdemokratie zu schaaren, um, wenn nicht zu eigenem Vorteil, so zu dem der Kinder, die gerechte Sache zu fördern und ihren Sieg zu erringen. Vereinte Kräfte führen zum Ziel. Und „ohne Kampf kein Sieg.“

Es lebe die Sozialdemokratie!!!
E. F.

Reklamationen gehen zu Hunderten in dem Polizeibüreau der Rue Montmartre ein. Der Kommissar hat sein Beamtenpersonal um 5 Personen vermehren müssen, die den ganzen Tag damit beschäftigt sind, die Anmeldung neuer Ansprüche aufzunehmen. Noch hat man den bekannten Exdeputierten und Schwindler Mary Reynaud, der ähnliche Streiche verübete, nicht wieder eingefangen, und schon wieder haben wir in dem Fall Macé alias Verneau, einen eklatanten Beweis für das alte Sprichwort: Die Dummen werden nicht alle.

Parlamentsbericht.

Deutscher Reichstag.

71. Sitzung. [Fortsetzung.]

Der Antrag Auer wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Volkspartei, der Antrag Gutfleisch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Volkspartei, der Freisinnigen und des nationalliberalen Abg. Weitz-Ehlingsen abgelehnt, § 107 unverändert angenommen; desgleichen ohne Debatte die §§ 108—112, die über Ausstellung, Inhalt und Behandlung des Arbeitsbuchs Vorschriften geben und gegen die bestehende Gewerbe-Ordnung nur unwesentlich (namentlich in Folge der Ergänzung des § 107) verändert sind.

Nach § 113 können die Arbeiter beim Abgang ein Zeugnis über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern, welches auf Verlangen der Arbeiter auf Forderung und Leistungen ausgehnt werden kann. Den Arbeitgebern ist untersagt, die Zeugnisse mit Merkmalen zu versehen, welche den Zweck haben, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaut des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen. (Der letzte Satz ist Zusatz der Kommission.) Ist der Arbeiter minderjährig, so kann das Zeugnis von dem Vater oder Vormund gefordert werden; auf ihr Verlangen muß es ihnen selbst ausgehändigt werden.

Dem von der Kommission beschlossenen Zusatz beantragen die Abgeordneten Auer und Genossen folgende Fassung zu geben: „Den Arbeitgebern ist untersagt, das Zeugnis mit einem Merkmale zu versehen, welches den Zweck hat oder geeignet ist, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaut des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen.“

Abg. Mollenbuhr (Sozialdemokrat): Die Arbeitszeugnisse bieten gar keine Gewähr dafür, daß ihr Besitzer in seinem Fache auch wirklich etwas leisten kann, sondern nur dafür, daß er in dieser Branche beschäftigt war; in Amerika zum Beispiel wird kein Arbeitgeber auf Zeugnisse Wert legen, aber bei uns hat man sich daran gewöhnt, und jeder Gendarm verlangt ja heute von einem Arbeiter, den er wandernd trifft, zuerst die Vorzeigung der Arbeitszeugnisse. Wenn nun diese Zeugnisse nur unumwunden wären, so würden wir gegen diesen Paragraphen nichts einzuwenden haben, aber sie sind schädlich, denn sie werden zu geheimen Merkmalen gebraucht. Dadurch werden die Arbeiter zu Transportleuten ihrer eigenen Berufs-erklärungen. Nun sind ja Bemerkungen im Zeugnis, die solche Kennzeichnung bezwecken, bei Strafe verboten, aber es giebt noch genug Mittel, Bemerkungen hineinzubringen, indem sie andere Zwecke erfüllen, doch geeignete sind, zu Verurteilungen zu dienen, z. B. eigenartige Färbung des Papiers, die Art des Abstempels, das Unterstreichen gewisser Worte gelten nach Vereinbarungen der Arbeitgeber als solche Mittel. Um dem zu steuern, bitten wir Sie, unsern Antrag anzunehmen. Einem Drechsler aus der Altmark, welcher Vorsitzender eines Streikausschusses war, gelang es weber in der Altmark, nach sonstwo in Deutschland Arbeit zu bekommen — auf diese Weise machen die Arbeitgeber vermöge ihrer immer weiter sich ausdehnenden Verbindungen die Arbeiter zu willenlosen Maschinen. Ich habe eine solche schwarze Liste, auf welcher die Namen von solchen in Berruf erklärten Arbeitern standen, selbst in der Hand gehabt. Hamburger Arbeitgeber haben in einem Vertrag die Bestimmung, daß Arbeiter, die gezeitt haben oder die ausgeschlossen sind, nicht beschäftigt werden dürfen. Nun sind auch in diesem Paragraphen wieder Bestimmungen über jugendliche Arbeiter vorhanden, und sie werden mit dem Streben motiviert, bessere Löhne unter die jugendlichen Arbeiter zu verbreiten; die Motive führen an, daß gerade jugendliche Arbeiter sich durch unmäßigen Besuch von Birtschäften und frühzeitige Heiraten hervorheben, ohne daß sie andere Einnahmequellen haben, als ihren Arbeitslohn; aber die Regierung verläumdet es, künstliche Angaben über die Zahl der Heiraten jugendlicher Arbeiter zu machen, wozu sie doch in der Lage war; übrigens hat auch der ältere Arbeiter keine anderen Einnahmequellen, als seinen Arbeitslohn, und wenn der Arbeiter nicht früher heiraten soll, als wenn er noch andere Einnahmequellen besitzt, so verbieten Sie damit den Lohnarbeitern überhaupt das Heiraten. In den Motiven wird auch auf die Zahl der jugendlichen Arbeiter hingewiesen, die sich an der Streibewegung der Bergarbeiter beteiligten, und bemerkt, daß 11 pCt. aller heiratsfähigen Bergarbeiter jugendliche waren; aber nach einer anderen Statistik betrug die Zahl der jugendlichen Bergarbeiter 25 pCt. aller Bergleute. Das Verhältnis der Streikenden ist also gar nicht so ungünstig. Will man die Arbeiterjugenden vom Streife ganz ausschließen, so bringt man sie in eine Lage, welche für ihre weitere Entwicklung die schlimmsten Folgen haben kann: durch den letzten Absatz des Kommissionsantrages bringen Sie den minderjährigen Arbeiter, dessen Vater ihn nicht an einem Streik teilnehmen lassen will, der aber selbst den Streik für unentbehrlich hält, in eine Lage, die den Familienverhältnissen nicht fördert, sondern die noch mehr Unfrieden in den Familien schafft und Verbitterung und Haß hervorruft. Man kann doch schließlich nicht mehr von der Arbeit ausgehen, daß jeder Streik ungerecht und unangehörig ist. In solchen Vorwürfen, wie sie der letzte Absatz des Kommissionsantrages enthält, treiben Sie eine große Zahl der jugendlichen Arbeiter ins Ausland, bedenken Sie die Wirkung des Gesetzes, und um diese schädlichen Wirkungen zu vermeiden, bitten wir Sie, den letzten Satz zu streichen und den von uns beantragten Zusatz anzunehmen.

Abg. v. Stumm vertritt die Fassung der Kommission. Der Redner ist darauf aus, auch die Ausstellung von

Arbeitsbüchern oder Arbeitscheinen Seitens der Unternehmerverbände oder anderer Vereinigungen als eine solche verbundene Kennzeichnung der Zeugnisse zu erklären. Es müsse doch den Arbeitgebern das Recht zustehen, bei Annahme der Arbeiter zu prüfen, wer nach ihrer Ansicht der Bessere und Tüchtigere sei. Der Zusatz sei überdies gerade von der Sozialdemokratie beantragt worden. Wer die Stärkung der ertlichen Autorität will, muß auch den letzten Absatz wollen.

Gch. Rat Königs erklärt sich im Anschluß an die Ausführungen des Abgeordneten v. Stumm gegen den Antrag Auer.

Abg. Biehl: Gerade die Ausschreitungen der Arbeiter durch die Massenstreiks haben zur Bildung dieser Arbeitgeberverbände, wie des Hamburger, geführt, über welche sich jetzt der Abg. Mollenbuhr beklagt.

Abg. Mollenbuhr: Wenn auf einem Entlassungsschein zufällige Tintenflecke sich befinden, was man doch auf den Gedanken kommen, daß diese Tintenflecke absichtlich angebracht sind, wenn der neue Arbeitgeber, sobald er der Flecke ansichtig wird, dem Arbeiter keine Arbeit giebt. Für solche Fälle ist mein Antrag bestimmt. Man muß doch bedenken, daß durchschnittlich die Gesetze etwas anders gehandhabt werden, wenn es sich um einen Arbeiter oder einen Arbeitgeber handelt. (Unruhe.) Wenn der Hamburger Arbeitgeberverband ausgenutzt werden soll, die einzelnen Arbeiter dem Hungertode zu überliefern (Hol und Murren), durch Hunger sie zu zwingen, gesetzliche Rechte aufzugeben, dann muß eine gesetzliche Vorschrift diese Schändlichkeiten verhindern.

Gch. Rat Lohmann protestiert gegen die Ausführungen des Abg. Mollenbuhr, betreffend die verschiedene Handhabung der Gesetze, sobald es sich um Arbeiter und Arbeitgeber handelt.

Abg. Biehl: Im ganzen Hause hat stets Entrüstung geherrscht, wenn bekannt wurde, daß man den Arbeitern nicht das Nötige zum Leben giebt. Ich habe gesagt, die maßlosen Ausschreitungen der Arbeiter haben in Hamburg die Veranlassung zur Gründung des Verbandes gegeben. War es nicht eine maßlose Ausschreitung, wenn die Arbeiter den Arbeitern zumuteiten, keiner Innung beizutreten und ihre eigene Werkstatt während der Frühstückszeit nicht zu betreten?

Abgeordneter v. Schalscha: Viele Arbeiter sprechen auch ihrerseits über die maßlosen Ausschreitungen ihrer Genossen, welche dadurch viele andere Arbeiter aus dem Brot bringen.

Hamburgischer Senator Burghard erklärt, daß die Hamburger Streiks in Szene gesetzt werden, um die Baumeister zu bestrafen, weil sie sich der Feter des 1. Mai widersetzt hätten. Nicht um die Ausnutzung einer günstigen Konjunktur handelte es sich. Die Löhne in Hamburg sind die höchsten, welche überhaupt in Deutschland gezahlt werden. In dieser Beziehung hat Herr Mollenbuhr tatsächlich Unrichtiges Ihnen berichtet.

Abg. Grillenberger: Die jetzige Fassung des Paragraphen ist eine Verschlechterung des in der ersten Lesung angenommenen Beschlusses. Unser Antrag will sie wieder ausgleichen. Geheimrat Lohmann ging auf die Verhältnisse der Hamburger Arbeitgeberverbände nicht ein, weil er darüber nicht unterrichtet sei. Bei allen Anschuldigungen über Lässigkeit der Staatsbehörden ist die Regierung regelmäßig nicht unterrichtet; gegenüber angeblichen Ausschreitungen der Arbeiter dagegen haben die Herren ihr Portefeuille immer voll Material. (Heiterkeit.) Die Arbeitgeber, die nach ihrem Statut ausdrücklich eine Abänderung der Gesetzgebung bezwecken, dürfen mit einander in Verbindung treten; tun dies die Fachvereine, so wird sofort eingeschritten. Ich verweise Sie auf die Maurerprojekte in Berlin, die Gewerkschaftsprojekte in Magdeburg; in Königsberg ist sogar jüngst eine Anzahl von Vereinsvorständen bestraft worden, weil sie sich zu einer Jahneweihe zusammengetan hatten. Wenn Sie das bestrafen, muß man auch gegen die Arbeitgeberverbände vorgehen. Die Vereinbarungen der Arbeitgeber zu dem Zwecke, der ebenfalls im Statut angegeben ist, am Streife beteiligte Arbeiter nicht mehr in Arbeit zu nehmen, ist ein direkter Verstoß gegen die Gewerbe-Ordnung, welche die Koalitionsfreiheit gewährt. Der erste Streik in Hamburg ist ausgebrochen, weil die Unternehmer erklärt hatten, jeder am 1. Mai Feiernde werde bis zum 5. Mai nicht in Arbeit genommen werden. Die Höhe der Löhne, mit der sich der Vertreter der verbündeten Regierungen so „dick“ getan hat, ist nicht vorhanden. Die Löhne bedeuten für Hamburg keine hohe Lebenshaltung, weil die Lebensmittel seit dem Zolltarif bedeutend verteuert sind. Herrn v. Schalscha bemerke ich, daß mal in ganz Deutschland gesammelt werden mußte, um die Schiefer vor Hungersnot zu schützen. Im Regierungsbezirk Oepeln beträgt die große Mehrzahl der Löhne unter 500 Mark. Wenn dort eine Arbeiterkorporation sich bemüht, das Arbeitereinkommen auf 600 Mark zu normieren, wird das gleich für eine maßlose Ausschreitung erklärt. Was Herr Biehl über die Forderung der Hamburger Arbeiter sagt, daß die Arbeitgeber nicht mehr Innungen angehören und die Verhältnisse während der Früh- und Mittagpausen nicht betreten dürften, ist unwahr und hier im Hause schon oft widerlegt worden. Was jüngst in bayrischen Blättern über die eigene Geschäftsführung des Herrn Biehl verbreitet wurde, kann auch nur als maßlose Gerabdrückung der Löhne und Verkürzung vertragsmäßig ausgemachter Löhne bezeichnet werden.

Präsident v. Lesehow rügt diesen Ausdruck.

Ich gebe zu, daß das etwas stark ist, aber bei Herrn Biehl sind starke Mittel nötig.

Abg. Müller: Die Forderung der Arbeiter in Hamburg ist denn doch wenigstens in einzelnen Gewerben in der Tat als maßlos zu bezeichnen, wie die Geschichte des Hüttenstreiks beweist.

Abg. Mollenbuhr: Die Absicht, das Zeugnis zu kennzeichnen, kann vorliegen, ohne daß es gelingen würde, diese Absicht nachzuweisen. Weil der „Bremer Abend“ seine Leute schlechter bezahlt, als es in Hamburg der Fall ist, darum soll es maßlos sein, wenn die Hamburger Heizer und Kohlenheber eine Besserung ihrer jämmerlichen Löhne anstreben!

Abg. Schwarz (Soz.): Ich spreche dem Abg. Müller vollkommen das Recht ab, über die Verhältnisse der Hamburger Heizer und Trimmer zu sprechen. Erst müssen Sie die Sache selbst durchnach gemacht haben (Heiterkeit), ehe Sie darüber urteilen. Die Hamburger Heizer und Trimmer haben Heuertage von 85 bzw. 75 M. nur für die über den atlant-

tischen Ocean gehende Fahrten normirt, für die Dampfschiffe auf der Nord- und Ostsee gelten diese Feuerföge nicht. Die Hamburger Feizer und Trimmer haben durchaus keine maßlohen Forderungen gestellt, die Sätze sind für die transatlantischen Dampfer sogar noch viel zu niedrig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Feizer brauchen auf diesen Fahrten viel größere Auslagen, selbst die Selve liefert ihnen die arme Ditteltion nicht. Die Arbeiter anderer Industrien würden für diesen Satz nicht einmal arbeiten. (Präsident v. Luebow ersucht den Redner zu § 113 zu sprechen.) Dann wird sich später Gelegenheit finden, darüber mehr zu sagen. Damit schließt die Diskussion.

Persönlich bemerkt
 Abg. Biehl: Wenn Herr Grillenberger glaubt, daß irgend ein Angriff, der auf mich erhoben worden ist, wahr sein muß, weil er in einer Zeitung geandert hat, so bewundere ich die Naivität des Abg. Grillenberger, der selbst Verleger einer Zeitung ist. (Große Heiterkeit.)

Abg. Grillenberger: Der betreffende Fall ist im größten Teil der bayerischen Presse verhandelt worden. Die sachliche Auseinandersetzung, welche Abg. Grillenberger hieran anknüpfen will, wird vom Präsidenten nicht zugelassen.

§ 113 wird unter Ablehnung des Antrags Auer unverändert angenommen, ebenso § 114 ohne Debatte. Um 4 Uhr 45 Min. wird die Fortsetzung zur Beratung auf Montag, 1 Uhr, vertagt.

Abgeordnetenhaus.

38. Sitzung.

Am Tische des Bundesrats: Miquel und Kommissarien. Das Haus setzt die zweite Beratung der Einkommensteuer-Vorlage mit dem Abschnitt 5 fort, welcher die Rechtsmittel gegen die Veranlagung betrifft. §§ 40 ff. behandelt zunächst die Berufung. §§ 40, 41 und 42 werden debattelos genehmigt.

§ 43 betrifft die Entscheidungen der Berufungs-Kommission. Die Kommission hat hier diejenigen Bestimmungen der Regierungsvorlage gefürchtet, wonach die Berufungs-Kommission auf die Berufung des Besitzen beim Mangel anderer Beweismittel, vom Besitzen die eidestattliche Versicherung verlangen kann.

Der Abg. Schlabitz (frk.) beantragte, diese Bestimmung wieder herzustellen und zugleich den Eidestzwang auch auf die Fälle auszubehnen, wo der Kommissionsvorsitzende die Berufung eingelegt hat.

Reg. Kommissar Geh.-Finanzrat Wallach bittet, nur die Regierungsvorlage herzustellen, den weitergehenden Antrag Schlabitz aber abzulehnen.

Abg. Fritzen (Zentr.) bekämpft den Antrag Schlabitz im ganzen und verteidigte die Kommissionsbeschlüsse.

Abg. v. Buch (kons.) empfiehlt die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Der darin geforderte Eid verstoßt in keiner Weise gegen die bisher bestehenden Einrichtungen; nur der über die Regierungsvorlage hinausgehende Teil des Antrages Schlabitz ist bedenklich; er öffnet dem Mißbrauche der eidlichen Versicherung Tür und Thor.

Abg. Jhr. v. Redlig-Neutirch (frk.): Wenn man die eidliche Versicherung auf den Antrag des Einschätzungs-Vorsitzenden nicht zuläßt, gefährdet man damit die Sicherheit der Einschätzung in erheblichem Maße. Dem unredlichen Deklaranten gegenüber ist gerade dieser Eid das einzige Mittel, ihn zu der nötigen Gewissenhaftigkeit zu zwingen.

Abg. Dr. Enneccerus (natl.) empfiehlt unveränderte Annahme der Kommissionsvorlage. Der Besitzt, welcher deklarirt hat, und nun noch seine Angaben beschwören soll, kommt dabei in eine ganz abcheuliche Lage und wird lieber höhere Steuer zahlen, als solchen Eid leisten, der ein Mißtrauen gegen die Ehrlichkeit des Deklaranten beseitigen soll.

Abg. Dr. Windthorst (Zentr.): Die Notwendigkeit, die Eidesleistungen einzuschränken, wird von allen Juristen anerkannt. Von den gegenwärtig alljährlich geleisteten 4000 Manifestationseiden hält man nur 5 pCt. für wahrheitsgemäß, die übrigen nicht. (Hört! hört!) Den Eid soll man nicht profanieren. Wenn man die Deklaration eines Besitzen angezweifelt, so wird dieser dadurch stigmatisirt, durch den Eid wird die Deklaration unleidlich. Wenn in anderen Staaten wirklich die Eidesleistung besteht, so zeigen wir, daß wir solche Einrichtungen nicht wünschen; denn sie ist der Ausdruck einer weitgehenden Steuerleidenschaft. Dieser Eid gleicht dem Reinigungseid des Angeklagten, den doch Niemand mehr für zulässig halten wird. Die Anrufung des Namens Gottes in Steuerfachen dürfen wir nicht zulassen.

Generalfeuer-Direktor Burghart: Der Eid in Steuerfachen gleicht nicht dem Reinigungseide, sondern höchstens dem Erfüllungseide. Sie nehmen mit diesem Eide der Regierung ein wichtiges Mittel, um die Wahrheit zu ergründen. Das mit diesem Eide leichtfertig umgegangen werde, ist nicht zu fürchten, denn er kann erst erfordert werden, nachdem die Bescheid-Kommission sich beraten hat über die Notwendigkeit des Eides.

Der Abg. Jhr. v. Redlig (frk.) zieht hierauf den über die Regierungsvorlage hinausgehenden Teil des Antrages Schlabitz zurück.

Nachdem der Abg. Dr. Windthorst sich auch gegen den noch verbleibenden Rest des Antrages ausgesprochen (die Anrufung des Namens Gottes gehöre nicht in die Steuerveranlagung, wird bei der Abstimmung der Antrag Schlabitz abgelehnt und die Kommissionsvorlage unverändert angenommen.

§ 45 enthält die Bestimmung, daß gegen die Entscheidung der Berufungskommissionen die Beschwerde an den Steuergerichtshof zulässig ist.

Von dem Abg. Dr. Gneist (nl.) ist beantragt, an die Stelle des neuerrichtenden Steuergerichtshofes das bestehende Ober-Verwaltungsgericht zu setzen.

Der Antragsteller begründet seinen Antrag in längerer Rede. Gegen die neue Einrichtung sprechen zunächst zahlreiche und wichtige formelle Gründe; man wisse nicht, wie der Gang des Verfahrens geregelt sein werde. Ueber die Behandlung der außergerichtlichen Kosten herrsche Unklarheit. Die Bildung von Sonderbehörden empfehle sich nicht. Das Ober-Verwaltungsgericht bestehe seit 15 Jahren in geregelter Thätigkeit auch als Steuergerichtshof. Wenn es nötig sei, sachverständige Mitglieder für einen Steuergerichtshof zu finden, so werde es schwer sein, sachverständigere zu finden, als in einem seit 15 Jahren eingeschulter Kollegium.

Minister Dr. Miquel: Eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit zwischen dem Antragsteller und der Regierung besteht nicht. Bei dem Steuergerichtshof ist die möglichste Garantie für die Unabhängigkeit der Richter gegeben, genau in demselben Maße, wie bei den Verwaltungsgerichten. Ich erkläre, daß die Regierung bei der Idee eines besonderen Steuergerichtshofes in keiner Weise von einem Mißtrauen gegen das Ober-Verwaltungsgericht geleitet worden ist. Es waren lediglich Zweckmäßigkeitsgründe, welche die Regierung hierbei leiteten. Wenn in dem Steuergerichtshof nur Leute sitzen, die ausschließlich das Studium der Steuerfache zu ihrer Aufgabe machen, so gewährt diese eine bessere Garantie für die Zweckmäßigkeit und Einheitlichkeit der ergebenden Entscheidungen, als die oftmals in ihrer Zusammensetzung wechselnden Senate des Ober-Verwaltungsgerichts. Die Annahme des Antrages Gneist würde zu einer vollständigen Umgestaltung des Ober-Verwaltungsgerichts führen; denn dieses würde durch die Rechtsprechung in Steuerfachen zu sehr überlastet werden, und eine anderweitige Gestaltung nötig machen. Im übrigen gilt für die Staatsregierung von diesem Antrage, was ich früher schon sagte: In dubiis liberias.

Abg. v. Meyer-Arnswalde (wild-kons.) verweist auf die Vermehrung der verschiedenen Verwaltungsbehörden und Gerichte seit 1872. Die Vermehrung der Schreiberei und der Beamten nehme überhand. Das Ober-Verwaltungsgericht sei ausreichend und auch völlig zuverlässig in Steuerfachen, die ja doch alle an einen besonderen Senat kommen würden.

Abg. Dr. Krause (natl.) befürwortet ebenfalls den Antrag Gneist. Das Ober-Verwaltungsgericht habe sich schon gegenwärtig in Steuerfachen gut bewährt, trotz der sehr mangelhaften gegenwärtig geltenden Geleze; in Zukunft wird die Aufgabe für die Steuerrechtsprechung erheblich einfacher sich gestalten.

Abg. v. Reudell (frk.) erklärt sich für den Antrag des Abg. v. Gneist. Die Begründung der Vorlage giebt keine Antwort auf die Fragen, weshalb man am Ober-Verwaltungsgericht sehr wenige Veränderungen vorgenommen, nur dann, wenn neue Senate gegründet wurden.

Abg. Graf Limburg-Sturum (kons.) spricht seine Bewunderung aus, daß die Regierung die Idee des Steuergerichtshofes aufgiebt, ohne von der öffentlichen Meinung dazu gedrängt zu sein. (Sehr wahr!) Aus praktischen Gründen sei zu empfehlen, an der Vorlage festzuhalten. (Bravo! rechts.)

Abg. Rickert (frk.) ist erfreut, daß die Mehrheit für den Antrag Gneist gestimmt erscheint. Redner wird ebenfalls für den Antrag stimmen.

Abg. Dr. Windthorst (Z) wird für den Antrag Gneist stimmen aus den Gründen, die der Antragsteller entwickelt hat.

Bei der Abstimmung wird der Antrag v. Gneist gegen die Stimmen der Konservativen angenommen, und in der dadurch bedingten Fassung der § 44 der Vorlage.

Durch die Annahme dieses Antrages werden die §§ 45 und 46 erledigt, welche nur Einzelstimmungen über die Einrichtung des (abgeleiteten) Steuergerichtshofes enthielten. Die §§ 47 bis 67 werden debattelos nach den Kommissionsbeschlüssen erledigt.

Es folgt Abschnitt VII: Strafbestimmungen (§§ 68-72). Zu § 68 wird ein Antrag des Abg. Jhr. v. Buch, das Minimum der Geldstrafen von 20 Mk zu dreifachen (statt „20 bis 100 Mk.“ Strafe soll es heißen „bis 100 Mk.“) abgelehnt, dagegen einige von ihm beantragte redaktionelle Änderungen angenommen.

Nach § 71 sollen die bei der Steuerveranlagung beteiligten Beamten und Kommissionsmitglieder, welche die zu ihrer Kenntnis gelangten Einkommensverhältnisse eines Steuerpflichtigen offenbaren, mit Geldstrafen bis 1500 Mk. bezw. mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft werden. Die Strafverfolgung soll nach der Regierungsvorlage auf Antrag der Regierung eintreten. Die Kommission hat beschlossen, daß auch der betroffene Steuerpflichtige den Antrag auf Verfolgung stellen kann.

Abg. v. Tiedemann-Bomst (frk.) beantragt, daß die Verfolgung nur auf Antrag der Bezirksregierung eintreten soll; sie muß erfolgen, insofern der durch die Verletzung des Geheimnisses betroffene Steuerpflichtige dieselbe unter Darlegung des Sachverhalts beansprucht und nicht Rücksichten des öffentlichen Wohls entgegensteht. Es müsse für die Mitglieder der Veranlagungskommission ein gewisser Schutz gegen übermäßige Angriffe gegeben werden. Der Antrag entsprach den Beschlüssen der Gewerbesteuer-Kommission.

Geheimer Finanzrat Wallach empfiehlt ebenfalls den Antrag des Herrn v. Tiedemann.

Abg. v. Huene (Z.): Die Steuerpflichtigen müssen gerade angesichts der Deklaration einen Schwur haben gegen Offenbarung ihrer Geheimnisse. Wenn die Gewerbesteuer-Kommission anders beschlossen hat, so wird es sich empfehlen, diesen Beschluß später umzuändern.

Abg. Höpner (k.) empfiehlt den Antrag des Abgeordneten v. Tiedemann, der eine Verbesserung der Kommissionsvorlage sei.

Abg. Enneccerus (nl.) hat Bedenken gegen die Schlusssätze des Antrages „und nicht Rücksichten des öffentlichen Wohles entgegensteht“.

Finanzminister Miquel: Die Streichung dieser Worte würde die Bezirksregierung zwingen, auch wenn sie die Verfolgung nicht für berechtigt hält, die Verfolgung einzutreten zu lassen.

Abg. v. Tiedemann-Bomst (frk.): Die Streichung der Worte würde die Kommissions-Mitglieder vogelfrei machen; unter solchen Verhältnissen würde ich mich niemals anschließen, Mitglied einer Kommission zu werden.

Abg. v. Huene: Herr von Tiedemann wird niemals Mitteilungen von seinen Kenntnissen machen; eine unangenehme Anklage gegen ihn werden die Gerichte zurückweisen. Gegen ungerechtfertigte Anklagen ist überhaupt Niemand geschützt.

Abg. v. Tiedemann: Eine absichtliche Indiskretion würde ich nicht begehen; aber es könnte eine Anklage fallen, die so aussieht, und sich gegen einen solchen Vorwurf verteidigen, ist nicht angenehm.

Finanzminister Miquel: Die Dinge lassen sich nicht konkret bezweifeln. Es können Nachrichten aufkommen, die sich dann nachher vergrößern, wie das bei Gerichten zu sehen pflegt. Wenn solche Nachrichten verbreitet werden, wie z. B. heute, wo die preussische Anleihe gezeichnet wird, an der Börse

das abscheuliche Gerücht verbreitet war, daß Sr. Majestät der Kaiser schwer erkrankt sei (höri!), so bleibt doch schließlich jemand da an hängen. Um in solchen Fällen eine genaue Untersuchung eintreten zu lassen, ist der Antrag Tiedemann erwünscht.

§ 71 wird unter Ablehnung des Antrags v. Tiedemann nach dem Antrage der Kommission angenommen, ebenso § 72, welcher von der Beseitigung der Geldstrafen handelt und Abschnitt 8: Kosten (§§ 73-76).

Der Abschnitt 9, Heranziehung zu den Kommunalabgaben sowie Regelung des Wahlrechts (§§ 77-79), wird ausgesetzt, weil ein hierauf bezüglicher Antrag Bachem von der Einkommensteuer-Kommission beraten wird; der Bericht dieser Kommission soll erst abgewartet werden. Ueber die Frage, ob über die Schlusssatzbestimmungen, darunter die §§ 84-85, wegen der Verwendung der Mehrerträge aus diesem Gesetze, sofort weiter beraten oder einen Tag Sitzungstheil gelassen werden soll, damit die Fraktionen Zeit haben, sich über die Anträge, die in großer Anzahl vorliegen, schlüssig zu machen, entspringt sich eine Geschäftsordnungs-Debatte, welche damit schließt, daß die nächste Sitzung erst am Sonnabend, 1 Uhr, beginnen soll und zwar soll die Beratung des Einkommensteuer-Gesetzes unter Aussetzung der Bestimmungen über das Wahlrecht fortgesetzt werden.

Schluß 3 Uhr 30 Min.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 24. Februar 1891.

Breslauer Stadtverordneten-Versammlung. (Außerordentliche Sitzung vom 23. Februar.) Es kamen u. a. folgende Vorlagen zur Verhandlung.

Chausseegeld-Erhebung. Der Magistrat beantragt die Verzichtleistung auf das Recht, für den Verkehr auf den städtischen Chaussees nach Gräbchen und nach Oswig und Ranfern Chausseegeld zu erheben. In der sehr ausführlichen Begründung wird hauptsächlich dargelegt, daß das aufzugebende Recht bezüglich der Gräbchener Chaussee in Folge anderweiter vertraglicher Abmachungen überhaupt nicht bestehe, während seine Ausübung in Bezug auf die Chaussee nach Oswig und Ranfern materiell vor allem erholungsbedürftige Bewohner von Breslau belästigen, überdies auch mittelbar die Bewohner von Oswig schädigen dürfte. Die Versammlung beschließt die Annahme.

Armen-Rehrbezirk. Ueber die Einrichtung eines sogenannten Armen-Rehrbezirkes, d. h. eines Straßenreinigungszones, dessen Säuberung die Armen-Verwaltung gegen Entgelt übernommen hat, um nicht ganz arbeitsfähige sowie auch arbeitscheue Personen nutzbringend beschäftigen zu können, haben wir in Nr. 43 bereits berichtet. Der Magistrat hat an die Darlegung dieser Verhältnisse den Antrag geknüpft: a. von dem betreffenden Berichte Kenntnis zu nehmen, b. einer von dem Magistrat vorgeschlagenen Verwendung etwa sich ergebender Ueberschüsse aus der Verwaltung des Armen-Rehrbezirkes zuzustimmen. Der Staatsauschuß empfiehlt die Genehmigung dieser Anträge. Die Versammlung beschließt nach den Anträgen des Ausschusses.

Haupt-Armenkasse. Der Entwurf des Verwaltungsvoranschlages der Haupt-Armenkasse für 1891/92 schließt mit einer Einnahme von 19 590 Mk. und einer Ausgabe von 567 820 Mk. ab, sodas sich ein Zuschußbedürfnis von 378 230 Mk. ergibt. Der Berichterstatter Stadtv. Stenzel empfiehlt im Namen des Staatsauschuß, den Voranschlag nach dem Entwurfe vorläufig festzusetzen und außerdem den Magistrat zu ersuchen, die Kosten der städtischen Freibäder für Frauen und Mädchen künftig auf die allgemeine Verwaltung verschiedener Einnahmen und Ausgaben zu übernehmen. Die Freibäder seien vorteilhafter nicht als Armenbäder anzusehen, ihre Kosten müßten in einer anderen Verwaltung verrechnet werden. Stadtv. Dr. Lion fragt an, ob bei der Erhöhung des Armengeldes, wie der Verwaltungsvoranschlag sie vorsehe, nach bestimmten Grundsätzen verfahren, oder ob schablonenmäßig die Bezüge sämtlich erhöht wurden. Ferner fragt Redner, ob in Bezug auf die Verbindung der städtischen mit der privaten Armenpflege weitere Schritte in Aussicht ständen. Stadtrat Martius bestreitet, daß die Armenadministration für jedes Alter schablonenmäßig bestimmte Sätze im Gebrauch habe. Es müsse jeder Fall besonde geprüft werden. Freilich seien die Sätze vielfach sehr knapp, so daß die Privatvöllständigkeitsvereine vielfach Anlaß hätten, beihilfend einzutreten. Außerdem sei aber die Wirksamkeit der Privatvöllständigkeit in Breslau eine so ausgebreitete, (?) daß sehr häufig den Armen, welche städtische Mittel in Anspruch nehmen, dieselben nur in mäßigem Umfange gewährt werden könnten, weil sie eben von der Privatvöllständigkeit außerdem noch unterstützt würden. Die angebahnte Verbindung der städtischen mit der Privatarmenpflege sei in den letzten Jahren nicht viel weiter entwickelt worden. Das Bureau zur Ausfunsterteilung an Privatvereine über Empfänger städtischer Almosen fungire in bester Weise. Ueber die Privatvöllständigkeitsvereine von Breslau habe der

Director des städtischen statistischen Amtes eine Arbeit verfaßt, welche nachweise, daß diese Vereine sehr zahlreich seien. Aufgrund dieser Arbeit soll eine Generalconferenz dieser Vereine einberufen werden, um eine einheitliche Organisation der Armenunterstützung in Breslau anzubahnen. Stadtv. Köbner tritt für die Berücksichtigung auch der sog. verächtlichen Armen ein. Stadtv. Woyt führt viele Uebelstände der städtischen Armenpflege auf die Unzulänglichkeit des städtischen Armenhauses zurück. Dasselbe werde heute fast gar nicht für seinen eigentlichen Zweck verwendet, weil es zu klein sei. Nach Herstellung des neuen Armenhauses werde in vielen Beziehungen Wandel geschaffen werden. Stadtv. Dr. von erklärt sich befriedigt durch die erhaltene Auskunft. Hierauf beschließt die Versammlung die Annahme der Ausschufsanträge.

Südpark. Wie erinnerlich, hat der Magistrat an die Versammlung das Ersuchen gerichtet, sich 1) damit einverstanden zu erklären, daß südlich von der Villenstadt Kleinburg ein öffentlicher Park aus städtischen Mitteln angelegt wird, 2) die Annahme der die Ausführung dieses Beschlusses bezweckenden Offerte des Rittergutsbesizers Julius Schottländer vom 5./8. December 1890 zu genehmigen, auch 3) die Annahme der Offerten der Frau Auguste Agath, geb. Friede, sowie der Schlesiens Immobilien Actien-Gesellschaft und der Breslauer Baubank vom 14. Januar cr. bezw. 17. Januar cr. zu genehmigen, durch welche für den Fall der Anlegung des Parks das den Differenten gehörige Terrain zur Anlegung des vierseitigen Platzes an der Kreuzung der Höfchen- und Charlottenstraße (Höfchenplatz), des runden Platzes im Zuge der Kaiser Wilhelmstraße (Kaiser Wilhelmplatz) und der vom Höfchenplatz über den Kaiser Wilhelmplatz hinweg nach Kleinburg führenden Straße unentgeltlich an die Stadtgemeinde abgetreten werden soll, auch die Kosten der Pflasterung übernommen werden, 4) die Vorberatung dieser Anträge einem besonders zu bezeichnenden Ausschuss gefälligst zu überweisen. Der Sonderausschuss ist am 29. v. M. gewählt worden und hat die Vorlage durchberaten. Er empfiehlt, an dem Vertrage mit Herrn Schottländer einige Veränderungen vorzunehmen, welche bestimmt sind, dem Interesse der Stadtgemeinde zu dienen. Eine der vorgeschlagenen Änderungen liegt im Interesse einiger Kleinburger Besitzer. Herr Schottländer hat sich mit den vorgeschlagenen Änderungen in der Hauptsache einverstanden erklärt. Was die durch Annahme der Vorlage angebahnte größere Verleinerung der Gas- und Wasserwerke sowie der Canalisation anbelange, so werde sich der südliche Stadtteil sowie so rasch ausbreiten, und Gas und Wasser müßten ja von den Abnehmern bezahlt werden. Die Notwendigkeit der Erweiterung der Wasserwerke stehe ohnehin vor der Thür. Der Berichterstatter Stadiv. Bröding begründet in diesem Sinne das Ausschufgutachten. Stadiv. Stengel bringt die Fassung eines Abwages der Ausschufbeschlüsse zur Besprechung. Der Berichterstatter und der Vorsteher klären die Frage auf. Stadiv. Sächse hält dafür, daß mehr als für den Süden der Stadt ein Park für den Westen derselben zu wünschen sei. Im übrigen sei die Vorlage eine finanziell so schwierige, daß es wohl nicht gerechtfertigt sei, die Angelegenheit mit Eile zu betreiben. (Sehr richtig!) Ueberdies handele es sich nicht um Ausschließung eines städtischen Terrains, sondern des Dorfes und der Villencolonie Kleinburg. Gas-, Wasser- und Canalanlagen, würden noch viel Schwierigkeiten bereiten. Mit dem Gelde, welches der Südpark kosten würde, könne man anderwärts leicht einen Park beschaffen. Redner bittet, die Vorlage heute abzulehnen. Stadiv. Ripke bespricht die Berechtigung des Herrn Schottländer, eine Straßenbahn nach dem Südpark einzurichten und auszunutzen.

Stadiv. Schardt erklärt sich für das Amendement Stengel. Stadiv. Prussig hält dafür, daß das Geschenk an die Stadt sehr teuer sei. Für den Mittelstand werde der Park wenig Nutzen haben. Der Park der Gewerbeausstellung am Sächsewarber vom Jahre 1881 sei der Stadtgemeinde umsonst angeboten worden, aber man habe die Übernahme abgelehnt. Man solle nur mit Herrn Schottländer weiter verhandeln, man werde denselben noch zu weiteren Concessionen bereit finden. Stadiv. Köhler befreitet, daß der Südpark für den Mittelstand wenig Bedeutung haben werde. Auch in der Schweidnitzer Vorstadt wohne sehr viel Bevölkerung aus dem Mittelstande. Der Schweidnitzer Park und der Zoologische Garten seien bei gutem Wetter im Sommer heute schon überfüllt. Die Eisenbahnverwaltung plane die Anlegung einer Eisenbahn-Haltestelle an der Jobstener Bahn in der Nähe des zukünftigen Südparkes.

Stadiv. Schardt wendet sich gegen die Bedenken des Stadiv. John. Stadiv. Commernierat Landberg, der eigentliche Vater der Vorlage, giebt historische Rücksicht und weist besonders auf die Bedeutung der

zukünftigen Umgehungsbahn für die vorliegende Sache und für Herrn Schottländer hin. Als Kosten der Parks seien nur diejenigen zu erachten, welche als Gegenleistung an Herrn Schottländer zu erachten seien: der Bau zweier Straßen mit 32 000 Mk. und die Erlaubnis für Herrn Schottländer, einen Schienenweg zu legen vom Kaiser Wilhelmplatz aus. Aufgrund dieser Leistungen sei das Geschäft (denn um ein solches, nicht um ein Geschenk handle es sich) ein günstiges für die Stadt. Redner glaubt, daß Herr Schottländer sich gegen die Annahme des Amendements Stengel erklären würde. Für den Bau der Straßenbahn Kaiser Wilhelmplatz-Südpark würde sich sicher eine Gesellschaft finden, besonders wenn die Stadtgemeinde die Bahn etwa am Amtsgericht beginnen lasse und über die Höfchenstraße und den Höfchenplatz nach dem Kaiser Wilhelmplatz führe. Redner bittet um Annahme der Ausschufsanträge.

Es wird beschlossen den Antrag Stengel anzunehmen und mit dieser Abänderung die Ausschufsanträge ebenfalls anzunehmen.

Schluss der Sitzung gegen 6 1/2 Uhr. Stadiv. Verordneten-Versammlung. Auf der Tagesordnung der Donnerstag, den 26. d. M. abzuhaltenden ordentlichen Sitzung stehen außer Mitteilungen zunächst diejenigen Vorlagen, welche von der Tagesordnung für die heutige außerordentliche Sitzung in dieser etwa nicht erledigt werden sollten, sowie von neuen Vorlagen hauptsächlich folgende: Gutachten des Staatsausschusses über die Verwaltungsvoranschläge für 1891/92 für die Verwaltungen des Armenhauses, der polizeilichen Einnahmen und Ausgaben, der Lehrerbeförderungen, der Gymnasien zu Elisabeth, zu Maria Magdalena und zu Johannes, der Realgymnasien am Zwinger und zum heiligen Geiste, der beiden evangelischen höheren Bürgerschulen und der katholischen höheren Bürgerschule; Regelung des öffentlichen Anschlagswesens; Regulierung der das Margaretengrundstück umgebenden Straßen.

Das vorläufige Ergebnis der letzten Volkszählung in Preußen. In einer am Sonnabend erschienenen Extranummer der „Statistischen Korrespondenz“ wird das vorläufige Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1890 für Preußen veröffentlicht. In dem wir uns vorbehalten, auf die Einzelheiten dieser Veröffentlichung näher einzugehen, geben wir nachstehend aus derselben die Hauptzahlen wieder:

Als am 1. Dezember 1890 ortsanwesend sind in Preußen ermittelt 29,957,302 Personen. Die Bevölkerung hat sich gegen die Zählung von 1885 um 1,643,469 Personen, d. h. um 5,79 Prozent oder 1,13 Prozent jährlich vermehrt. Diese Zunahme ist nur während der Jahre 1875 - 1880 übertroffen worden, wo sie 1,17 Prozent jährlich betrug. Der Stadtkreis Berlin hat die stärkste Zunahme (20,07 Prozent), dann folgen die Provinzen Westfalen, Brandenburg und Rheinland. Die geringste Zunahme hat Pommern (1,04 Prozent). Ostpreußen hat abgenommen (um 0,07 Prozent), ebenso Hohenzollern. Die ortsanwesende Bevölkerung der Provinz Schlesien betrug 4,223,807; sie hat um 111,588 Personen oder 2,71 Prozent gegen 1885 zugenommen. Die Provinz Polen zählte 1,752,094 Personen; die Zunahme seit 1885 betrug hier 36,476 oder 2,13 Prozent. Von den Regierungsbezirken hat Potsdam die stärkste Zunahme (14,59 Prozent); Stralsund, Götting und Gumbinnen erfuhren eine geringe Abnahme. Unter den 516 Kreisen haben 378 ein Anwachsen, 168 eine Abnahme der Bevölkerung zu verzeichnen. Von den letzteren gehören 106 den sechs östlichen Provinzen an. Insbesondere sind es Pr. Holland, Angerburg, Gerdauen, Pr. = Cylau. Pr. = Holland ist von 44,142 Einwohnern auf 41,424, also um 6,16 Prozent zurückgegangen.

Wie sehr die Landbevölkerung im allgemeinen zu Gunsten der Stadtbevölkerung abgenommen, wie viel Arbeiter die Industrie dem flachen Lande entzogen hat, ist aus den veröffentlichten Tabellen nicht ersichtlich, auch sehr schwer festzustellen, da viele Städte durchaus noch einen ländlichen Charakter haben, viele Landgemeinden dagegen industrielle sind. Sicherem Vernehmen nach bereitet das königl. Statistische Bureau eine Gegenüberstellung der Orte von mehr als 2000 und weniger als 2000 Einwohner vor, wodurch über dieses wichtige volkswirtschaftliche Problem einiges Licht verbreitet werden wird.

Der Alters- und Invaliditätsversicherung entgegen neue Segner. Die Herren Pastoren von der Kirche des Herrn Stöcker sind nämlich höchst unzufrieden, daß sie Geburtschein für die zu Versicherenden gebührenfrei ausstellen müssen. Daher nun die Tränen.

Die neuen Sommer-Fahrpläne werden, sowie alle späteren Fahrpläne, nicht mehr nach Berliner, sondern nach mitteleuropäischer Zeit hergestellt werden. Die Zeitdifferenz, die vordem, d. h. gegen Berliner Zeit

+ 15 Minuten betrug, wird von nun an auf 9 Minuten gegen Breslauer Ortszeit herabgesetzt.

Vergnügens. In Breslau haben im Verwaltungsjahre 1890/91 im Ganzen 6416 steuerpflichtige Lustbarkeiten stattgefunden, 945 Konzerte, 1280 Gesangs- und gymnastische Produktionen, 628 Schauspiellagen, 3501 Tanzvergnügen und 62 Maskenbälle.

Die Osterferien sind bei den städtischen Volksschulen auf die Zeit vom 24. März bis 6. April festgesetzt.

Die Pensionäre sowie Wittwen- und Waisengeldempfänger werden darauf aufmerksam gemacht, daß bei Abhebung der im Monat März fälligen Beiträge Jahresquittungen einzureichen sind. Die Jahresquittung ist über den für das Staatsjahr 1890/91 (vom 1. April bis 31. März 1891) empfangenen Betrag auszustellen. Alle diese Quittungen müssen mit dem vorgeschriebenen Attest versehen sein. Ebenso sind alle Monatsquittungen derjenigen Empfänger, deren persönliche Verhältnisse zu dem expedirenden Beamten unbekannt sind, mit diesem Attest zu versehen. Zur Ausstellung des Attestes sind befugt a. alle Behörden und b. Beamte, welche zur Führung eines Dienstfiegers berechtigt sind.

Breslau. Der Leseklub „Vorwärts“ hielt am Mittwoch, den 18. d. M., seine 2te wöchentliche Mitgliederversammlung in der Wohnung des Genossen Michel ab. Zur Vorlesung kam: 1) Berliner Brief von Liebknecht aus der „Neuen Zeit“, Heft 18, über die neue gegründete Arbeiterschule zu Berlin. 2) Mehrere Leitartikel aus dem Zentral-Organ „Vorwärts“ über den März'schen Programmbrief; auch die Landagitation wurde berührt. Ueber den letzten Punkt entspann sich besonders eine rege Diskussion, indem mehrere Mitglieder aus eigener Erlebnis recht drastische Tatsachen über Arbeiterelend und Junkerwillkür auf dem Lande erzählten. Beim Punkt Verschiedenes verlas ein Mitglied einen Brief von einem Genossen aus dem Weberbezirk, welcher seine überaus traurige Lage schildert, die besonders dadurch traurig wäre, weil er sich offen zur Sozialdemokratie bekannt hätte. Nachdem er vom schlesischen Parteitage zurückgekehrt, wäre er sogar von der Verteilung der Gaben, welche unter die Weber stattfand, ausgeschlossen worden. Ist dies Nächstenliebe oder geistige Bekämpfung? Nachdem noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt wurden, schließt der Vorsitzende die Versammlung um 10 Uhr mit der Bemerkung, anstatt nach Schluß wie bisher gleich auseinanderzugehen, die Mitglieder möchten noch etwas gemächlich beisammen bleiben. Alle Anwesenden waren damit einverstanden. Obgleich die Versammlung vorchriftsmäßig geschlossen wurde, erklärte der überwachende Polizei-Kommissar N., noch da bleiben zu wollen, was wir nicht verhindern konnten. Aber ich glaube, der Wirt der Wohnung konnte von seinem Hausrecht Gebrauch machen. Genug, der Kommissar blieb mit seinem Schutzmann sitzen und sah zu, wie wir uns Bier und Schnaps holen ließen und ungenirt plauderten und tranken. Nach Verlauf etwa einer halben Stunde erhob sich der Herr Kommissar, ohne sich im Eifer, wie es Vorschrift ist, den Helm aufzusetzen und sagte: „Ich sehe dies als eine neue Versammlung an und erkläre sie hiermit für aufgelöst; ich fordere Sie auf, auseinander zu gehen.“ Der Staat war gerettet. Sie können sich ja beschweren, meinte er, als ihm bedeutet wurde, daß dies doch unmöglich als Versammlung angesehen werden könne, wenn bei einem Glas Bier geplaudert werde, oder sollten wir stumm dastehen? Beschwerde wird jedenfalls geführt, um auch hierüber Klarheit zu schaffen. Interessant für die Leser ist vielleicht, noch zu erfahren, wie dieser Verein, der wohl nur deshalb so gehäht ist, weil er sich offen als sozialdemokratischer bezeichnet, so bekämpft wird. Schon das erste Lokal bei Garboß wurde uns vom Gastwirt verweigert; schon bei der ersten Zusammenkunft, obgleich er ganz genau wußte, um was es sich handelte, indem er beim mittun erklärte, ich muß Gäste haben, von der Polizei kann ich nicht leben und Arbeiter verkehren bloß bei mir. Trotzdem erfolgte drei Tage später die Umstimung, seine Frau war sogar so naiv, zu sagen, der Verein mache ihr zu viel Arbeit mit dem Einschänken. Das zweite Lokal bei Unger wurde nicht vorchriftsmäßig befunden, obgleich die Restauration schon Jahrzehnte besteht und in welcher man noch nicht gehört hatte, daß ein Gast Schaden genommen hätte durch die eßigen Eingänge. Ein Voltaire-Verein tagt heute noch daselbst, ohne daß ihm die Decke auf den Kopf gefallen wäre. Herr Unger schrieb mir nach der ersten Versammlung: „Es tut mir leid, daß ich ihnen das Lokal verweigern muß; die Polizei war hier und hat das Lokal ausgemessen und es zu niedrig befunden. Die Eingänge seien zu eßig, die Türe nicht vorchriftsmäßig u. s. w. Der Hauswirt läßt nichts ändern und in Folge dessen muß ich auf die Einnahme ver-

zichten, welche ich so notwendig brauche." Alsdann waren wir längere Zeit beim Ertelt, das war in einem anderen Revier und der Wirt ist unbehelligt geblieben, warum gings hier? Weshalb wir von dort verzogen sind, ist schon in einem früheren Artikel berichtet. Jetzt stellte uns ein Genosse seine Wohnung zur Verfügung, aber, o weh, die Rechnung ohne den Wirt, welchem andererseits wieder bedeutet wurde, wenn er den Mieter nicht hinaus bringe, so würde bei jedesmaliger Zusammenkunft auf jedem Flur ein Schimpfmann stehen und vor dem Hause noch einer. Es kam also so weit, daß unser Genosse ausziehen mußte. Diesen Sonntag verließ er die Wohnung. Bis dahin haben wir natürlich bei ihm getagt. Wer nun neugierig ist, diesen schlimmsten aller Vereine kennen zu lernen, den laden wir zur nächsten Zusammenkunft ein, wir werden wol wieder ein Lokal finden, denn wir werden nicht ruhen, bis die Lokalfrage auch in diesem Sinne gelöst ist. Unser Wahlpruch lautet allezeit: „Vorwärts!“

Berlin für volksverständliche Gesundheitspflege und Naturheilkunde. Dienstag, den 24. Februar cr., Abends 8 Uhr, wird im Hotel zur Stadt Leipzig, Ursulinerstraße 2.4, Vortrag über „Lugenschwindfucht“ gehalten werden. Der Eintritt steht Jedermann frei.

Die Besorgung der Straßenauslässe liegt in Breslau seit 1870 in den Händen eines Privatunternehmers. Mit dem 1. April des laufenden Jahres soll indessen die Berechtigung, Anschlagvorrichtungen auf Straßen und Plätzen zu errichten und zu benutzen, öffentlich an den Meistbietenden verpachtet werden.

Alarmierung der Feuerwehr. Heute Vormittag um 7 Uhr 28 Minuten wurde die Feuerwehr nach der Schmiebrücke 12 gerufen, wo in einem Küchenraum im 2. Stock des Seitengebäudes ein Reiseforb mit Kleidungsstücken brannte. Die Entstehungsursache des Feuers ist darin zu suchen, das Kleidungsstücke einer brennenden Petroleumlampe zu nahe hingegen; gelöscht war dasselbe bereits vor Ankunft der Feuerwehr.

Selbstmord. Ein auf der Vincenzstraße bei seinen Eltern wohnender 31 Jahre alter Schriftsetzer hat sich am 21. d. Mts., Abends, in seiner Wohnung mit Carbonsäure vergiftet. Er bekam sehr oft Anfälle von Schwerkopf und hat auch in einem solchen die Tat begangen.

Bermißt wird seit dem 12. d. Mts. der Maler Heinrich Freymeyer, welcher mit seiner neunjährigen Tochter Werberstraße 34 wohnte. Er hat sich am genannten Tage aus seiner entfernt und ist seit dieser Zeit nicht mehr gesehen worden. Man befürchtet einen Unglücksfall. Freymeyer ist mittelgroß, blond und trug dunklen Stoffanzug.

Schreiendes Gut. Vor 14 Tagen wurde im Hause des Schlossermeisters Gustav Herold, Weißgerbergasse 64, eine große Holzkrone mit feinem Porzellan im Werte von ca. 200 Mk. eingestohlen. Bis jetzt hat sich Niemand als Eigentümer gemeldet. Herold hat die Krone mit Inhalt einstweilen in Verwahrung genommen.

Beschlagnahme. Ein Arbeiter fand vor einiger Zeit auf der Posenerstraße eine Frauenjacke und ein Bettlaken, im Werte von 5 Mark. Er schenkte diese Sachen seiner Mutter und seiner Schwester, welche sie in Gebrauch nahmen. Jetzt sind die Fundstücke beschlagnahmt worden und stehen dem rechtmäßigen Eigentümer im Zimmer 20 des Polizei-Präsidiums zur Verfügung.

Unterbringung ins Allerheiligen-Hospital. Gestern gegen Abend brach auf dem Ringe eine junge Dame plötzlich besinnungslos zusammen und wurde, da sie anscheinend schwer erkrankt war, nach dem Allerheiligen-Hospital überführt. Soweit bis jetzt ermittelt, ist die Erkrankte die Tochter eines auf der Großen Fürstenstraße wohnenden Schmiedemeisters.

Verboten des Frühlings. Staare wurden am 21. d. M. in den Anlagen in der Nähe der Lessing-Turnhalle bemerkt.

Sandbaggerung. Seitdem im Oberwasser der Oder längs der Gasanstalt, dem Regierungsgebäude und der Holzteiche die Oder zum Teil wieder eisfrei geworden ist, entwickelt sich auf dem schmalen Streifen offenen Wassers eine ungemein lebhaftige Tätigkeit im Sand Ausbaggern; zuweilen sieht man im Strom gleichzeitig 10 bis 15 Baggerboote, die in der üblichen Weise bis zur äußersten Bordante vollgeladen werden. In Folge dessen findet jetzt wieder flotte Sandabfuhr vom Schlinge aus statt, sodaß nunmehr dem schon empfundenen Mangel an Oberland für die Bauarbeiten abgeholfen ist.

Schwere Körperverletzung. Mehrere Zimmerleute, welche am 20. d. M., Abends, in einem Restaurant gezecht hatten, stritten sich, bevor sie auseinander gingen, im Eifer nach auf der Straße. Als sie sich hierauf nach verschiedenen Richtungen entfernten, rief ein

21-jähriger Lehrling einem der Gesellen zu: „Kommen Sie mal zu mir her.“ Als der Angerufene herantrat, stieß ihm der rohe Bursche ein Messer in den Unterleib, sodaß der Betroffene, lebensgefährlich verletzt, in das Wenzel-Handelsche Spital geschafft werden mußte. Der Messerheld wurde am andern Tage verhaftet und ist seiner Tat geständig.

Diebstahl. Ein Haushälter im Lagerhaus an der Neuen Oberstraße hat nach und nach mehrere Mille Zigarren entwendet und dieselben an verschiedene Restaurateure verkauft, indem er vorgab, daß dieselben aus einer Konkursmasse stammten. Alle diejenigen Restaurateure, die von dem Manne gekauft und sich noch nicht gemeldet haben, sowie alle Personen, welche über den Diebstahl Angaben machen können, werden aufgefordert, sich umgehend auf dem Königl. Polizeipräsidium, Zimmer Nr. 22, zu melden. Käufer, die eine Anzeige unterlassen, würden sich der Gefahr aussetzen, wegen Hehlerei belangt zu werden.

Taschendiebstahl. In der Michaelskirche wurde einer Beamtenwitwe ihr Portemonnaie mit 2 Mark Inhalt entwendet. Zum Trost für den Verlust stieß die bössliche Dieb der Dame aber ein anderes in die Tasche, das 70 Pfennige und zwei kleine mit einer Wollschnur zusammengebundene Schlüssel enthielt. Da der Dieb wol kaum seine eigenen Schlüssel weggegeben haben wird, so ist anzunehmen, daß dieses Portemonnaie gestohlen ist, und es ergeht an den Eigentümer das Ersuchen, sich auf dem kgl. Polizeipräsidium, Zimmer 20, zu melden.

Einbruchdiebstahl. In der Nacht vom 21. bis 22. d. M. wurde die am Neumarkt 21 gelegene Remise der Handelsfrau Anna Klinker erbrochen und daraus Butter und Eier im Wert von 16—18 Mk. entwendet. Das Vorlegeschloß der einen Tür ist mit einem Nachschlüssel geöffnet worden, und eine zweite Tür wurde gewaltsam erbrochen. Der Dieb hat hierzu offenbar einen neuen Feuerhaken verwendet, der am Tatort gefunden worden ist. Da dieser Umstand möglicherweise Anhaltspunkte für weitere Recherchen ergeben kann, wird der Besitzer des Feuerhakens aufgefordert, sich auf dem kgl. Polizeipräsidium, Zimmer Nr. 20, zu melden.

Polizeiliche Nachrichten. Gefunden: ein Armband mit Steinen, eine goldene Broche, eine kleine Nippmaschine, eine Peitsche. — Abhanden gekommen: einer Dame in Großendorf (Kreis Steinau) in einer Droschke ein Portemonnaie mit 95 Mk., einer Dame auf der Gartenstraße ein Regenschirm, einem Dienstmädchen auf der Kupferschmiedestraße eine Portemonnaie mit 2,25 Mark, einem Fräulein auf der Sonnenstraße eine Korallenbroche, einem Hilfsbremser auf der Bohrauerstraße eine silberne Cylinderuhr Nr. 35, einem Fleischergesellen auf der Bohrauerstraße eine silberne Remontoiruhr Nr. 19,239. — Gestohlen: einer Wittfrau auf der Hirschstraße zwei wollene Hemden, einer Arbeiterin auf der Sonnenstraße ein großer Wäschekorb, einem Schlossermeister auf der Rudorfstraße durch Erbrechen einer Bodenkammer ein hellblaues Maskenkleid und andere Kleidungsstücke, einer Bäublersfrau von der Elbingstraße, während sie auf dem Neumarkt Einkäufe machte, aus der äußeren Manteltasche ein Portemonnaie mit 22 Mark. — Verhaftet vom 21.—23. d. Mts.: 75 Personen.

Vom Fischmarkt. (Wochenbericht von E. Hubendorf in Breslau.) In der verfloffenen Woche stellten sich die Fischpreise wie folgt: Aheimalm 3,50—4,00 Mk., Lachs 2,50—2,75 Mk., Steifelt 3,00—4,00 Mk., Seimb. 1,60 bis 2,00 Mk., Seezungen 1,60—2,00 Mk., Flußzander 1,10 bis 1,20 Mk., Zander 0,50—0,80 Mk., Bratjander 0,40—0,45 Mk., Hecht 0,70 Mk., Maränen 0,70 Mk., Cabljau 0,40 Mk., Schellfisch 0,35—0,40 Mk., Schollen 0,40 Mk., lebende Karpfen 0,70—1,50 Mk., Schleien 1,10—1,20 Mk., Aale 1,50 bis 1,60 Mk., Hummern 3,00—3,50 Mk. per 1/2 Kilogramm, Krebse 6 Mk. per Scherl.

Breslauer Marktversteigerung vom 22. Februar per 100 Kilogr.

	gute		mittlere		geringe Waare	
	höchst niedr.	M.	höchst niedr.	M.	höchst niedr.	M.
Weizen, weißer	19,60	19,40	19,—	18,50	18,—	17,50
Weizen, gelber	19,50	19,30	19,—	18,50	18,—	17,50
Roggen	17,50	17,20	17,—	16,80	16,30	15,80
Gerste	16,30	15,50	14,70	14,20	13,60	12,60
Haler	13,50	13,30	13,10	12,90	12,70	12,50
Erbsen	16,80	16,30	15,80	15,30	14,30	13,80
Kartoffeln (Detailpreise) pro 2 Liter 0,08—0,09—0,10 Mk.						
Hen 2,20—2,50 Mk. pro 50 Kilogramm.						
Roggenstroh 22,00—24,00 Mk. pro 600 Kilogramm.						

Schlesien.

Deutscher O.-S. Für den letzten Sonntag waren hier zwei Versammlungen angelegt, deren Einberufer Sozialdemokraten. Eine Arbeiterversammlung war für den Vormittag und eine Volksversammlung für den Nachmittag anberaumt. In der ersten Versammlung sollte ein Arbeiterverein beantragt werden, während in

uns in der zweiten mit unseren politischen Gegnern öffentlich auszuhandeln wollten. Die Herren Kapläne, Rechtsanwälte und andere Gewählte hatten ihr Kommen zugesagt. Die Arbeiter und ihr Referent Fritz Kunert wären dem Unternehmertum und seinen Anhängeln die Antwort sicher nicht schuldig geblieben. Alles war hier gespannt auf das Rededuell, ganz Deuthen auf den Weinen, da geschah eine Stunde vor Eröffnung das Unglaubliche, daß — nachdem auch die behördliche Becheinigung schon gegeben — die Abhaltung der Versammlung aus völlig richtigen baupolizeilichen Bedenken verboten wurde.

Zu allem Uebelstuf verweigerte der Wirt, obgleich kontraktlich gebunden, unter allerlei leeren Redensarten die Benutzung des Saales.

So können sich die Arbeiter auf das Wort bürgerlicher Herrschaften verlassen.

Der Wirt soll übrigens, was natürlich zu seiner Entschuldigung nicht im mindesten spricht, stark von polizeilichen, pfäffischen und spießbürgerlichen Einflüssen bei der Verweigerung bedrängt gewesen sein. — So sind wir gezwungen, gleichzeitig den Klage- und Beschwerdebeweg zu betreten.

Das Aufsehen und die Erregung, welche diese unruhlichen Maßnahmen der „Ordnungs-Männer“ hervorriefen, waren tiefgehend und ganz ungewöhnlich.

Die Deuthener Sozialdemokratie, die in erstaunlichem Aufschwunge begriffen, ist damit auch nicht im geringsten eingedämmt.

Im Gegenteil: die Wogen gehen heute nach diesen charakteristischen Vorgängen, welche die geistige Schwäche unserer Gegner dokumentiren, höher denn je zuvor.

Wer Wind sät, erntet Sturm. Wir kommen auf diese Sache nächstem noch zurück.

Neurode. Zur Unterstützung der Weber. Dieser Tage wurde in der katholischen Schule zu Kunzendorf den bedürftigsten Webern des Ortes vom Neuroder Frauen-Verein Brot und Fleisch gegeben. Jeder erhielt je nach Bedarf 1 bis 2 Brote und 1/2 bis 2 Pfund Schweinefleisch. Wie die „Tägl. Rundschau“ erfährt, soll bis Ostern jeden Sonnabend diese Verteilung stattfinden.

Standesamtliche Nachrichten.

Heirats-Ankündigungen I. Schmiedemeister Karl Rudwig, evang., Auras, und Agnes Jovel, kath., Kurze Gasse Nr. 33. — III. Bäcker Paul Küger, kath., Neudorfstraße Nr. 6, und Louise Gille, evang., Wollhauptstraße 23. **Gehelichungen I.** Schmied Gustav Hunger, ev., mit Klara Reich, ev., hier. — Schmied Ernst Sautz, evang., mit Dorothea Nowak, evang., hier. — Kaufmann Alfred Prager, jüd., mit Klara Grayer, jüd., hier. — Bismarckweber Paul Seibt, ev., mit Wally Schaefer, ev., hier. — Mühlenswerkführer Hermann Hauke, kath., Grünau, mit Maria Ernst, ev., hier. — Arbeiter Karl Stad, ev., mit Auguste Feige, kath., hier. — II. Maurer Karl Hilber, kath., mit Karoline Köcher, ev., hier. — Böttcher Alois Janski, kath., Gorkau, mit Emma Lorenz, ev., hier. — Kaufmann Paul Schlotau, kath., mit Helene Lampf, kath., hier. — Metallreher Waldemar Schrötter, ev., mit Klara Marschlich, ev., hier. — Kaufmann Franz Jocke, evang., J. obeln, mit W. ta Schuler, ev., hier. — III. Tischler Philipp Niesporek, kath., mit Ida Augustin, ev., hier. — Hausbesitzer Karl Grün, ev., Gorkau, mit Anna Reuemer, geb. Krause, kath., hier. — Schuhmacher Theophil Kuzemski, kath., mit Auguste Deneh, kath., hier. — H. Schneider Paul Seiliger, kath., mit Henriette Mannig, ev., hier.

Geburten I. Breme: Ernst Hoffmann evang., I. — Haushälter Paul Bleil, kath., I. — Haushälter Ernst Aulich, ev., I. — Arbeiter Paul Sablich, kath., I. — Stellmacher Jozay Nowak, kath., S. und I. (Zwillinge). — Tischlermeister Paul Kunkel, kath., I. — Schlosser W. z. Boroweky, ev., S. — Arbeiter Ernst Sultze, ev., S. — II. Schuhmacher Karl Kynert, kath., S. — Schneider Ernst Spieler, ev., S. — Schlosser August Wiedenburg, kath., 2 Söhne (Zwillinge). — Hilfsarbeiter Karl Schubert, kath., S. — Kaufmann Ernst Hildebrand, ev., I. — Hilfsarbeiter M. gimilian Hauke, kath., I. — Hilfsbremser Umand Otto, kath., S. — Rangier August Quastang, ev., I. — Schneider Julius Fuch, kath., I. — Buchhalter Emil Fellmann, ev., S. — Kaufmann Maximilian Montag, kath., S. — Stellmacher Heinrich Sahl, ev., S. — Pagnarbeiter Josef Kische, kath., I. — Arbeiter August Berndt, kath., S. — III. Schuhmacher Thomas, kath., I. — Müller Heinrich Walter, ev., S. — Lokomotivheizer Emil Fellmann, ev., S. — Schlosser Reinhold Günter, kath., I. — Handelsmann Paul Dittner, I. ev., I.

Todesfälle I. Näherin Bertha Bergmann, 65 J. — Paul, S. des Ausfüh. ker Karl Nowak, 4 J. — Frau Karoline Bertha Claus, geb. Demnich, 52 J. — Buchhalter Gottlieb Elias, 62 J. — Kant. wärterrau Joha Dolibopf, geb. Hoppe, 26 J. — Herbst, S. des Bäckermeisters Philipp Kallay, 10 M. — Frieda, I. des Erleg. apendiciars August Hänsler, 2 M. — Emma, I. des Arbeiters August Kug, 2 J. — Lony, I. des Klempners Hermann Potker, 1 J. — Berw. Maurergerell Rosina Spanier, geb. Jung, 81 J. — Berw. Kaufmann Agnes Volkmann, geb. Kofke, 63 J. —

Briefkasten.

Zur Förderung der „Vollwacht“ gingen ein: Fele und

Am 22. d. Mts. starb nach kurzem Krankenlager unser langjähriger Freund und Colleague Herr

August Vogt.

Sein biederer Sinn sichert ihm bei uns ein bleibendes Andenken.

Die Arbeiter der Waggon-Fabrik
Gebr. Hoffmann & Comp.

aus der Werkstatt des Herrn Obermeister Fleck und Meister Pfföfer.

Achtung!

Das Vereins-Lokal

der Wander-Unterstützungs-Klasse der Töpfer und Berufsgenossen

befindet sich von heute ab

Kleine Grosse Gasse Nr. 10/11 bei Herrn Martin.

Arbeits-Nachweise an Wochentagen 7-8 Uhr Abends, Sonntag von 11-12 Uhr Mittags; zu gleicher Zeit wird auch die Wander-Unterstützung ausgezahlt.

Außerordentliche Generalversammlung

des Fachvereines der Schlosser, Maschinenbauer und verwandte Berufsgenossen

Sonntag, den 1. März, Mittags 12 Uhr
im Salon Ballenstädt, Schweitzerstrasse 23.

Tagesordnung:

Berichterstattung der Reiner Kommission, betreffend Unterstützung Arbeitsloser zc.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Der Vorstand.

NB. Das Kränzchen des Fachvereines findet bestimmt den 7. März bei Gebr. Köslers, Friedrich Wilhelmstr. 67 statt. Karten sind bei der Veranlagungs-Kommission und im Kassenlokale Barbaragasse Nr. 8 bei Herrn Gattwig zu haben.

Soziald. Lese- und Discutir-Club „Freiheit“.

Die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen finden jeden Mittwoch, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schubert, Striegauerplatz 11 (Gasthof zur Einigkeit) statt.

Der Vorstand.

NB. Gäste durch Mitglieder eingeführt haben Zutritt.

Böttcher-Ball.

Der vielbeliebte Ball verbunden mit Reizentanz, Aufstellung des Wanderfasses und vielen originellen Reueiten

der vereinigten Böttcher Breslaus

findet bestimmt

Sonnabend, den 28. Februar cr.

im Saale des „Deutschen Kronprinz“

Kurze Gasse 50/52

Der Reizentanz wird unter Leitung des Herrn Gungel, der berühmte Kreierschwenker von Herrn W. Eichner, der ebenfalls die Reiner von Herrn Hugo Gaerdel ausgeführt. Aspiranten der berühmten Clowns und viele andere Ueberraschungen.

General-Probe

Donnerstag, den 26. Februar 1891, Abends 8 Uhr

im „Deutschen Kronprinz“ Kurze Gasse 50/52

Freunde und Gönner sind hierdurch freundlichst eingeladen.

Das Comité.

Gartenstraße an der Ecke a 50 Pf., im Vorverkauf a 30 Pf. sind bei den Herren H. Moosdorf, Fiedra-Gasse 45 C. Priwara, Andertplatz 7, Köfner, Str. Döblingerstraße 8 J. Gerwinn, Kaiserhofplatz 10/11 W. Eichner, Schwabstraße 7, sowie bei den Böttchermestern Herr Grosser, Friedrichstraße 51 und Heidner, Neue Langgasse 70, zu haben.

Die Bestrebungen der Socialdemokratie

beschrieben von

Friedrich Eugen Richters.

Eine Streitschrift von Kurt Fall.

1 1/2 Bogen stark.

Preis 25 Pf. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Heinrich Heine's sämtliche Werke!

elegant gebunden Preis 6 Mark.

Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Ein gebrauchter, gut erhaltener Kinderwagen

wird zu kaufen gesucht. Näheres bei Burzond, Kupferstraße 26, Hof 3.

Schulungs-Gesuch.

Ein Knabe, welcher Schuhmacher werden will, kann sich melden bei F. Bittner, Schillerstraße 20.

Rawitsch.

Allen meinen Freunden u. Genossen von Rawitsch und Umgegend empfehle ich mich als

Schuhmachermeister und ersuche, mich bei Bedarf zu berücksichtigen.

P. Fellenberg
Garten-Strasse Nr. 121.

Waldenburg i. Schl.

Meinen Freunden und Genossen die ergebene Mitteilung, daß ich Cochinstr. 6 einen

Tabak- und Cigarren-Verkauf

eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, nur reelle Waare zu liefern, und bitte ich, mich gütigst unterstützen zu wollen.

Achtungsvoll

Ferd. Höhnisch,
Cigarrenmacher.

Arbeiter

kaufen am billigsten in nur reeller Waare bei

P. Knopf

Gräbischenerstraße 25,
Ecke Holteistraße,

Arbeiterfahen, wie Hamburger Lederhosen, Eskimo-Hemden, blaue Blousen,

in nur dauerhafter Arbeit.

Confirmationskleider,

Kragen und Tücher, Herren-

garderobe, Damen- und

Kinderkleider, Schnittwaaren,

sowie Herren-, Damen- und

Kinderwäsche zu anerkannt billigen

Preisen.

P. Knopf,

Gräbischener-Strasse 25

Ecke Holteistraße.

Panicke's Buchdruckerei

mit Schnellpressenbetrieb

Ohlauer-Strasse 47 a. N. Gasse

leistungsfähig

für alle Arbeiten bei

billigsten Preisen

Hochfeine

Cigarren,

3 St. 10 Pf., 100 St. 3 Mk.

empfehlen

Louis Schröter

Friedrichstr. 64,

vis-à-vis der Zimmerstr.

Eine Partie

Creasleinen, Tischwäsche,

Handtücher, Taschentücher,

Bettbezüge, Gardinen

durch Ersparnis der Lad. um nicht

anfällig billig.

H. Riedel,

aus Reichen-Sinaden bei

jetzt nur Breslau,

Schweidnitzerstr. 46, I. Etg.

neben Langosch.

Lese- und Discutir-Club C. P. Reinders.

Die Lese-Abende finden, einem allgemeinen Wunsche der Mitglieder Rechnung tragend, jeden Dienstag, Abends 8 Uhr im Verein Lokal des Herrn Küster, Schindamm 28 („Zaboh“) statt. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen erlucht

Der Vorstand.

Lese- und Discutir-Club „Ferd. Lassalle.“

Die Mitglieder-Versammlungen finden jeden Dienstag, Abends 8 Uhr in Schöjzel's Lokal, Augustastrasse 11 statt.

Der Vorstand.

Neu! Soeben erschien im Verlage der „Freien Presse“ in Elberfeld:

Das untergehende Handwerk und seine Rettung.

Eine wissenschaftliche Studie von Paul Breitung. 8 Bogen stark. Preis 30 Pf. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. Bestellungen wolle man an die Expedition der „Freien Presse“ in Elberfeld ergehen lassen.

Probennummer gratis und franco

Zentral-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Erscheint täglich außer Montags.

Eingetragen in der Postzeitungs-Preisliste für 1891 unter Nr. 6469.

Abonnements werden angenommen zum Preise von 1,10 Mk. bei jeder Postanstalt für den Monat März.

Expedition: Berlin SW., Bernßstraße 3.

Einband-Decken

Welterschöpfung und Weltuntergang

Preis 30 Pfg.

zu haben in der Expedition d. Bl.

Im Verlag von J. H. W. Dietz in Stuttgart ist soeben erschienen

Die Frau

und der

Sozialismus

von

August Bebel.

Neunte gänzlich umgearbeitete Auflage.

Preis broch. M. 2.—, geb. M. 2.50.

Die früheren Auflagen dieses Buches sind unter dem Titel: „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ erschienen und zwar des Sozialistengesetzes wegen in der Schweiz.

Der Verfasser tritt nunmehr mit der vollständig umgearbeiteten, vor dem Verbote durch das Sozialistengesetz befreiten Schrift vor das deutsche Publikum.

Das Buch ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Bei direktem Bezug durch die Exped. d. Bl. ist das Porto mit 20 Pf. beizufügen